



Änderungs- anträge

**zum Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Stuttgart**

23. Januar 2016

Antragsbereich Ä/ Antrag 3

Kennnummer 6237

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 88 nach "sozialem Hintergrund": "und sexueller Orientierung"

Antragsbereich Ä/ Antrag 4

Kennnummer 6230

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 103 (entspricht Aussage in Z. 1896)

„Zudem werden wir in der kommenden Legislaturperiode schrittweise die Beitragsfreiheit für die Kindergärten und Kindertagesstätten im Land einführen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 5

Kennnummer 6231

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 4, Z. 111-112 [Baden-Württemberg leben]

Ersetze

5 „in Gemeinschaftsschulen, Realschulen, Gymnasien und den Hochschulen im Land“

durch

10 „in Kindergärten und Kindertagesstätten, Grundschulen, weiterführenden Schulen und den Hochschulen im Land“.

Antragsbereich Ä/ Antrag 6

Kennnummer 6238

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 166 nach "sichere": "sowie gerecht entlohnte"

Antragsbereich Ä/ Antrag 7

Kennnummer 6239

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 209 nach "Arbeit": "gut"

Antragsbereich Ä/ Antrag 8

Kennnummer 6232

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche Z. 226-227

Antragsbereich Ä/ Antrag 9

Kennnummer 6430

Kreisverband Karlsruhe Land

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 241:

„Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass Zeit- und Leiharbeit begrenzt werden und der Missbrauch von Werkverträgen begrenzt wird.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 10

Kennnummer 6431

Kreisverband Karlsruhe Land

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 265:

„Dazu gehört auch weiterhin ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 11

Kennnummer 6233

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 7, Z. 291-292:

Ersetze „Städten ab 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern“ durch „großen Kreisstädten“

Antragsbereich Ä/ Antrag 12

Kennnummer 6234

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 297:

- 5 „Als Land wollen wir noch einen Schritt weiter gehen: Eine öffentlichen Auftragsvergabe wollen wir zukünftig auch daran knüpfen, welche Instrumente zur Förderung der Gleichstellung in den sich bewerbenden Unternehmen erfolgreich zur Anwendung kommen. Gleiches soll auch für mit Komplementärmitteln des Landes geförderte Vorhaben und Projekte gelten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 13

Kennnummer 6235

Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag S. 7, Z. 300-306

Streiche:

- 5 Dabei wollen wir in der kommenden Legislaturperiode insbesondere die klassischen Frauenberufe attraktiver machen und auch hier Aufstiegschancen durch Qualifizierung und die Entstehung neuer Berufsbilder ermöglichen.

Ersetze durch:

- 10 Derzeit in der Gesellschaft häufig als „typisch weibliche Berufe“ wahrgenommene Berufe sollen attraktiver gestaltet werden, insbesondere durch die Schaffung von Aufstiegschancen durch Qualifizierung und die Entstehung neuer Berufsbilder, um so mehr Lohngerechtigkeit zu schaffen und eine stärkere Öffnung dieser Berufsfelder zu erreichen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 14

Kennnummer 6236

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 306

- 5 Füge ein Z. 306 "In den Bereichen, in denen das Land als Arbeitgeber Verantwortung trägt, wie etwa der Kinderbetreuung, wollen wir Maßnahmen prüfen, die Attraktivität für beide Geschlechter zu erhöhen. Wir wissen, dass dies vor allem durch eine größere gesellschaftliche Wertschätzung ermöglicht wird"

Antragsbereich Ä/ Antrag 15

Kennnummer 6240

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 7, Z. 312 (ab „Weiter werden wir...“) bis S. 8, Z. 315 streichen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 16

Kennnummer 6241

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 315 "und wollen künftig jede personalverwaltende Dienststelle mit 30 oder mehr Beschäftigten dazu verpflichten, ihre Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenanteile bis hin zu paritätischer Besetzung auf allen Ebenen in einem Chancengleichheitsplan festzulegen"

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 17

Kennnummer 6242

Kreisverband Reutlingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Am Ende von „Gleiche Chancen für Frauen und Männer“

Zeile 315: „In den landeseigenen Unternehmen werden wir die Gleichstellung bei der Besetzung von Aufsichtsrats- und Managementposten umsetzen, wo nicht vorhanden verbindliche Personalentwicklungspläne verabschieden und damit auch dort das Land als Leuchtturm positionieren.“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 18

Kennnummer 6243

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 412 Ergänze am Ende "und langfristig abschaffen"

Antragsbereich Ä/ Antrag 19

Kennnummer 6244

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Redaktionelle Änderung in Z. 413: „wollen wir“

Antragsbereich Ä/ Antrag 20

Kennnummer 6245

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 9, Z. 416 [Handwerk und Mittelstand stärken]

Füge ein:

- 5 „Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Module der Meister- und Techniker Ausbildung für ein darauffolgendes Bachelor-Studium besser anerkannt werden. Langfristig wollen wir die Äquivalenz von Bachelor-Abschluss und Meister- bzw. Technikerabschluss erreichen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 21

Kennnummer 6246

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ändere in Z. 528 ff: „Wir begreifen die Industrie 4.0 als Chance, Produktion und Beschäftigung im Land zu sichern und erhöhte Produktivität zu nutzen, um allen Menschen in Baden-Württemberg ein gutes Leben zu ermöglichen und auf ökologisch verträgliche Weise, sowie nachhaltig zu produzieren.“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 22

Kennnummer 6247

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 535 hinter "Verbänden": "Wissenschaft"

Antragsbereich Ä/ Antrag 23

Kennnummer 6248

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 557 Füge ein in Z 557: „Die Sicherheit neuer Technologien wollen wir stärken. Wir werden gemeinsam mit Behörden und Unternehmen Maßnahmen erarbeiten, um unsere Bürgerinnen und Bürger, die Industrie und unsere Forschung zeitgemäß zu schützen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 24

Kennnummer 6249

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 560 hinter "Verbraucher": ", Datenschutz"

Antragsbereich Ä/ Antrag 25

Kennnummer 6250

Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag S. 13, Z. 586-588

Verschiebe in Z. 599

Antragsbereich Ä/ Antrag 26

Kennnummer 6251

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 599: „Um den industriellen Umbruch der Industrie 4.0 voranzubringen streben wir einen glasfaserkabel-gebundenen, flächendeckenden Internet-Breitband-Ausbau von mindestens 100 Mbit/s an. Hierbei ist zu beachten, dass durch entsprechende Ausschreibungsverfahren das sogenannte Rosinenpicken durch private Anbieter unterbunden wird, die oft nur in profitablen Regionen mit vielen potentiellen Kund*innen Breitbandangebote ausbauen. Ländliche Regionen bleiben so häufig zurück und werden schließlich durch kommunale Initiativen auf kommunale Kosten erschlossen. Dies gilt es durch entsprechende Verfahren zu verhindern, die profitable urbane Regionen und ländliche Regionen in einer Ausschreibung vereinen. Generell wollen wir vorrangig den Breitband-Ausbau durch Unternehmen in kommunaler Hand fördern, da wir der Überzeugung sind, dass kritische Infrastruktur unter demokratische Kontrolle gehört.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 27

Kennnummer 6252

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 605 Nach Z. 605 "und eine finanzielle Förderung durch das Land prüfen."

Antragsbereich Ä/ Antrag 28

Kennnummer 6253

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 605: "und Freifunk zu fördern"

Antragsbereich Ä/ Antrag 29

Kennnummer 6254

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze nach Z. 613.: „Die mit der vierten industriellen Revolution voraussichtliche verbundene Verknappung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebotes wollen wir als Chance wahrnehmen, um Arbeitnehmer*innen flexiblere und mit mehr Freizeit verbundene Arbeitsangebote zu ermöglichen, damit
5 diese ihr Leben freier gestalten zu können.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 30

Kennnummer 6255

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 626 nach „Arbeitszeit“:

„im Rahmen des bestehenden Arbeitszeitgesetzes“

Antragsbereich Ä/ Antrag 31

Kennnummer 6256

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze nach Z. 635: „Ferner gilt es die von der Arbeiter*innen-Bewegung erkämpfte Umwelt-, Arbeitsrechtlichen- und Sozialen-Standards in die digitale Welt und auf die in ihr agierenden Unternehmen zu übertragen. Es darf nicht sein, dass sich Firmen aus den entsprechenden Branchen Tariflöhnen und der Organisation von Betriebsräten entziehen. Ebenso wenig dulden wir, dass durch scheinbar
5 fortschrittliche Geschäftsmodelle Arbeitnehmer*innen in eine Scheinselbständigkeit gezwungen werden und sich so selber ohne feste Arbeitszeiten und mit Einkommen unter dem Mindestlohn ausbeuten. Dies wollen wir mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen unterbinden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 32

Kennnummer 6257

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z 659 Füge ein "Die Praxis der Entlassung von Lehrkräften während der Sommerferien werden wir ebenso abschaffen."

Antragsbereich Ä/ Antrag 33

Kennnummer 6258

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche in Z. 671 "Bereits [..]" bis Z. 677 "[..] Logistik"

Antragsbereich Ä/ Antrag 34

Kennnummer 6259

*Ortsverein Stuttgart-Ost
(Kreisverband Stuttgart)*

Änderungsantrag zum Antrag R1

Bitte in Absatz beginnend Zeile 715 einfügen „Tüftler und Denker“

Ideen der Mitarbeiter fördern

- 5 Ziel der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in Industrie und Verwaltung ist es die Mitarbeiter so zu fördern, dass sie durch Anreize die Wirtschaftlichkeit von Verwaltung und Industrie verbessert wird. Hierzu ergreift die Wirtschaftspolitik Initiativen, um das Instrument des Ideenmanagement in Wirtschaftsunternehmen zu stärken. Ziel ist es das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Arbeitsumgebung
- 10 Verbesserungsvorschläge erkennen und so zur Wirtschaftlichkeit beitragen. Die Wirtschaftspolitik wird Unternehmen und Verwaltungen dabei unterstützen das Betriebsvereinbarungen die materiellen Bedingungen schaffen. Die Wirtschaftspolitik schafft für die Mitarbeiter bei Einreichung einer Einsparungsmaßnahme einmalig einen Steuerfreibetrag von 100,--€.pro Jahr
- 15 Dieses überfordert nicht den Staat, aber es ist ein nicht zu unterschätzender Anreiz für Mitarbeiter sich mit den Arbeitsprozessen zu befassen, was die Wirtschaftlichkeit fördert.

Antragsbereich Ä/ Antrag 35

Kennnummer 6260

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 754

Einfügen:Unternehmen zu Innovationszwecken legen.....

5 **Begründung:**

Damit soll verdeutlicht werden, dass wir die zunehmende Auslagerung zum Zweck der Tariffucht zu Lasten der Beschäftigten nicht unterstützen

Antragsbereich Ä/ Antrag 36

Kennnummer 6261

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

5 Z. 759 Füge ein: "Wir wollen Gründerzentren stärker fördern. Um eine stärkere Vertretung beider Geschlechter in der Start-Up-Szene zu fördern, wollen wir mit den Förderprogrammen an Gründungszentren gezielter Frauen ansprechen und bei einer Gründung unterstützen. Wir wollen die Rolle der Hochschulen stärken und diese stärker mit Gründungszentren vernetzen. Gerade Hochschulen können gründungswilligen Studierenden den Raum und das Know-How zur Verfügung stellen. Hierfür wollen wir die Bereitstellung von Kapazitäten an Universitäten prüfen."

Antragsbereich Ä/ Antrag 37

Kennnummer 6262

Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag S. 16, Z. 770-772

Streiche:

5 Tüftler und Erfinder, der Ingenieure und der Industriepioniere

bzw.

Tüftler und Denker

Antragsbereich Ä/ Antrag 38

Kennnummer 6263

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Z. 797 „Schaufensterprojekte“ durch „Leuchtturmprojekte“

Änderungsantrag zum Antrag R1
Ersetze Z. 813-837 durch:

Kultur- und Kreativwirtschaft fördern

5 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Innovationsmotor in Baden-Württemberg. Der für Mikrounternehmen sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler aus Kultur- und Kreativwirtschaft zur Erleichterung des Markteintritts geschaffene Innovationsgutschein soll daher ausgebaut werden.

10 Darüber hinaus wollen wir uns im Bund für ein zeitgemäßes Urheberrecht einsetzen und unterstützen insofern die Gesetzesinitiative des BMJV zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung. Auch Verbraucherinteressen, wie etwa das Interesse an einer langfristigen und geräteunabhängigen Nutzung von legal erworbenen digitalen Inhalten, sind zu berücksichtigen. Um einem Akzeptanzverlust entgegenzutreten müssen eine effektivere und verhältnismäßigere Rechtsdurchsetzung ermöglicht werden sowie Maßnahmen zur Aufklärung und Stärkung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger folgen.

20 **Begründung:**

25 Im ersten Abschnitt wurde neben einer begrifflichen Anpassung -es heißt in den Förderbedingungen offiziell Mikrounternehmen- eine platzsparende Kürzung vorgenommen.

30 Die vage und unnötige Unklarheit schaffende Formulierung zur Prüfung der Filmförderung ist abzulehnen – „prüfen“ heißt in aller Regel Abschaffen. Zudem wird hier leider weder gesagt was an der bestehenden Förderung schlecht sein sollte, noch wie neue Instrumente aussehen könnten.

35 Ebenso ist die Formulierung zu den Medien zu streichen. Medien haben zunächst nur indirekt etwas mit der Kultur- und Kreativwirtschaft zu tun – d.h. wenn hier wirklich medienpolitische Forderungen stünden, bedürfte es eines eigenen Absatzes. Wozu aber ein bloßes Bekenntnis zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gut sein soll will nicht einleuchten – eine reelle Gefährdung des Rundfunks sehen wir in Baden-Württemberg derzeit nicht. Was darüber hinaus „stärken“ heißen soll, bleibt unklar. Selbiges trifft erst Recht auf die private Printmedienlandschaft zu: Auch wenn deren Erhalt sicher äußerst wünschenswert ist wird nicht erkennbar, wie die Landesregierung das publizistische Angebot privater und freier Unternehmen erhalten und sichern will.

Stattdessen schlagen wir aussagekräftigere Formulierungen zum Urheberrecht vor – der aktuelle Vorschlag sagt leider wenig aus - wenn er nicht gar konträr zu bestehenden Positionen der SPD ist (siehe AK Kreativpakt auf Bundesebene,

Stichworte „Vergüten statt Verbieten“), hinter dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene zurückbleibt und die gegenwärtigen Bestrebungen unter Heiko Maas (Gesetz zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung) konterkarieren soll.

Antragsbereich Ä/ Antrag 40

Kennnummer 6265

ASJ Baden-Württemberg

**Änderungsantrag zum Antrag R1
Einfügung ab Zeile 825 hinter „...ausbauen.“**

5 Die Existenzgründung soll in allen Altersstufen und für alle Geschlechter gleichermaßen förderungsfähig sein: Gerade für Frauen bleiben bestehende Förderprogramme oder Stipendien oft versperrt, da sie oftmals nicht mit einer modernen Familienplanung vereinbar sind.

10 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist besonders agil und unterliegt daher ständigem Wandel. Wir wollen Kreative deshalb nicht nur in der Gründungs-, sondern auch in der Wachstumsphase unterstützen. Dazu gehört auch die Förderung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Unternehmerisches Grundlagenwissen wie z. B. zur Vertragsgestaltung, zum Rechnungswesen und zur Buchführung soll schon in der Schulzeit sowie in Ausbildung und Studium verstärkt vermittelt werden, um die spätere Existenzgründung zu erleichtern.

15 Die wirtschaftliche Substanz von geistigem Eigentum und Ideen muss größere Anerkennung finden, zum Beispiel bei der Finanzierung von Start-Ups. Schließlich ist bezahlbarer Raum auch für die Akteure und Nutzer der Kultur- und Kreativwirtschaft ein zentrales Thema. Hier gilt es sicherzustellen, dass Kreative nicht aus Kerngebieten vertrieben werden, sondern unseren Städten und Kommunen erhalten bleiben und diese so lebendig und lebenswert machen können.

25 Die kostenlose Abfrage von Konzepten, Layouts und Ideen im Rahmen von Ausschreibungen und Pitches trägt gerade in der Kreativwirtschaft zu prekären Beschäftigungsverhältnissen bei. Wir wollen daher als Land wie beim Tarifreuegesetz mit gutem Beispiel vorangehen und auch in der Konzeptionsphase künftig angemessene Präsentationshonorare vereinbaren.

Begründung:

30 Es darf nicht sein, dass vom Land paritätisch finanzierte Programme wie die Kunststiftung Baden-Württemberg aktive Altersdiskriminierung betreiben, indem Künstler im Rahmen von Stipendien nur bis 35 Jahre förderfähig sind.

35 Auch Ministerien des Landes Baden-Württemberg schreiben bisher beispielsweise Aufträge im Volumen von insgesamt € 100.000,00 mit folgendem vorab zu erbringenden und nur für den Gewinner vergüteten Leistungsumfang aus: Entwurf Gesamtkonzeption, Bezeichnung, Logo, Slogan für Gesamtprojekt, Plakat und Flyer, Konzeption zu Einsatz weiterer (unüblicher) Werbemittel usw. Diese Praxis halten wir für änderungsbedürftig.

Antragsbereich Ä/ Antrag 41

Kennnummer 6266

Kreisverband Reutlingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Am Ende von „Kreativwirtschaft fördern und Medien stärken“

5 Zeile 838: „Wir werden dazu die Ausbildung im journalistischen Bereich weiter fördern und entwickeln. Mit großer Sorge betrachten wir den starken Konzentrationsprozess in der Presselandschaft, der mit dem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden ist. Um neue Ideen zu fördern und der Presselandschaft neue Impulse zu geben, werden wir Start-ups im Bereich innovativer Pressearbeit fördern.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 42

Kennnummer 6267

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

5 Ersetze in Z. 877 "Wir behalten [...]" bis Z. 882 "[...] einsetzen" durch: „Dennoch herrschen in den Gastronomie- und Tourismusbranchen oftmals immer noch prekäre Arbeitsverhältnisse für Beschäftigte und Auszubildende. Wir werden uns daher für geregeltere und streng erfasste Arbeitszeiten zu faireren Löhnen und verlässlichere Arbeitsplätze einsetzen, um den Tourismus für alle Beteiligten nachhaltig zu gestalten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 43

Kennnummer 6268

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 966 nach „eingeführt“:

„und setzen uns dafür ein, dass alle Krankenkassen, gesetzlich wie privat, in diesen Ausbildungsfonds einzahlen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 44

Kennnummer 6269

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 20, Z. 983-991 [Berufliche Schulen stärken]

Streiche

5 „und fast jedes dritte Abitur...“ bis „...auf den bisher niedrigsten Stand gesenkt“.

Antragsbereich Ä/ Antrag 45

Kennnummer 6432

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Z. 1008 – 1012 mit:

- 5 Berufliche Schulen leisten einen großen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. Wir werden auch zusätzliche Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge – auch mit weiterentwickelten pädagogischen Konzepten – einrichten. Wir werden die Einrichtung von Vorbereitungsklassen für Flüchtlingen auch an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen vorantreiben um diese Integrationsaufgabe nicht allein den ohnehin in Integrationsfragen stark geforderten Berufsschulen zu überlassen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 46

Kennnummer 6270

Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden

Änderungsantrag zum Antrag R1

Berufliche Schule stärken:
Einfügen auf Seite 21, Zeile 1015:
„bzw. den Kammern“

Antragsbereich Ä/ Antrag 47

Kennnummer 6271

Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden

Änderungsantrag zum Antrag R1

Schulfach „Wirtschaft/Studien- und Berufsorientierung“ an allen weiterführenden Schularten:

Einfügen auf Seite 21, Zeile 1055:

- 5 „Als SPD unterstützen wir die bundesweit erstmalige Einführung eines Schulfachs „Wirtschaft/Studien- und Berufsorientierung“ an allen weiterführenden Schularten. Wir verbinden damit die Erwartung, dass Schülerinnen und Schüler sich frühzeitig mit Chancen, Perspektiven und Herausforderungen der späteren Arbeits- und Berufswelt vertraut machen können. Durch das neue Fach soll eine zusätzliche
- 10 Möglichkeit geschaffen werden, dass Schülerinnen und Schüler sich früher als bisher mit ihrer individuellen beruflichen Zukunft auseinandersetzen und unterschiedliche Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, ihre Ziele zu erreichen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 48

Kennnummer 6272

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1084 Füge Absatz ein nach Z. 1084: „Die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) ist ein baden-württembergisches Erfolgsmodell, das sich weit über die Grenzen von Baden-Württemberg hinaus verbreitet hat. Wir werden für die Studierenden an der DHBW Rechtssicherheit schaffen und uns im Bund dafür einsetzen, das Studierende der DHBW in das Berufsbildungsgesetz (BBiG) aufgenommen werden, damit diese ebenfalls den tarifvertraglichen Schutz genießen können, den Auszubildende genießen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 49

Kennnummer 6433

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 1136 nach ... die Zahl der „Welcome Center“ in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 verdoppeln „und diese kurzfristig für die anfallende Beratungs- und Informationsaufgaben im Rahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen besser ausstatten“

Antragsbereich Ä/ Antrag 50

Kennnummer 6273

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1104 Einfügen in Z.1104 nach „ausbauen.“: „Wir wollen jedem Berufsschüler ermöglichen, neben der Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 51

Kennnummer 6434

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 1142:

„indem wir Kostenanteile für Integrations- und Sprachkurse bei einem erfolgreichen Abschluss des Kurses erstatten Insbesondere möchten wir auch EU-Zuwanderern den Zugang zu Sprachkursen erleichtern.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 52

Kennnummer 6274

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Z. 1184-1189 durch:

5 „Zusammen mit den Gewerkschaften, Unternehmen und den Bildungsträgern haben wir im Land berufliche Weiterbildungsangebote geschaffen, die auf den Grundsätzen der Träger- und Methodenvielfalt beruhen und persönliche Entwicklung mit wirtschaftlichem Bedarf in Einklang bringen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 53

Kennnummer 6275

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 1195 Absatz nach „[...]“ gefüllt wird.“ Zwischenüberschrift einfügen: „Anspruch auf Bildungsteilzeit“

Antragsbereich Ä/ Antrag 54

Kennnummer 6276

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Z. 1202 „prüfen“ durch „schaffen“

Antragsbereich Ä/ Antrag 55

Kennnummer 6277

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Einfügen nach „[...] einzusetzen“ Zeile 1204: „sowie die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten ähnlich dem BaFöG für Einkommensschwache durch die Teilzeit zu realisieren.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 56

Kennnummer 6278

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1205 Füge ein in Z. 1205 nach Auszubildende "uneingeschränkt"

Antragsbereich Ä/ Antrag 57

Kennnummer 6279

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze nach Z. 1215:

„Chancen der Beschäftigten erhöhen“

5 Es gibt immer noch zahlreiche Beschäftigte, die keinen anerkannten Berufsabschluss besitzen und Fachkräfte, die sich durch ihre teilweise jahrzehntelange Berufserfahrung ein unschätzbares Wissen angeeignet haben. Dieses Wissen fand bisher weder als Berufsabschluss noch als akademischer Grad Anerkennung.

10 Unsere Bundesregierung fördert aktuell Forschungsprojekte, die das Ziel haben, solche Anerkennungen in der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren.

15 Als Musterland für Gute Wirtschaft und Gute Arbeit unterstützen wir dieses Vorhaben und richten nach dem Vorliegen der Ergebnisse als Musterland Baden Württemberg als Erstes Anerkennungsstellen für informell und nonformal erworbene Qualifikationen ein.

Wir stoßen Projekte an und unterstützen Betriebe sowie Arbeitnehmervorteiler/innen bei der Entwicklung von Dokumentationsmöglichkeiten für informell- und nonformal erworbene Qualifikationen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 58

Kennnummer 6280

Kreisverband Reutlingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Am Ende von lebensbegleitendes Lernen

1216

5 „Die Vereinbarkeit und Familie und Beruf wird seit vielen Jahren in den Kontaktstellen Frau und Beruf erfolgreich vorangetrieben. Wir werden deren dauerhafte Finanzierung sicherstellen.“

Neuer Unterabschnitt

10 Politische Bildungsarbeit fördern

Politische Bildungsarbeit darf nicht erst dann beginnen, wenn Extremismus erkannt wird, sondern muss grundsätzlich einen präventiven Ansatz haben. Dafür ist es notwendig, bestehende Institutionen der politischen Bildung finanziell und personell gut auszustatten.

Antragsbereich Ä/ Antrag 59

Kennnummer 6281

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Zeile 1240 nach „[...] gesellschaftliche Teilhabe“:
„Selbstverwirklichung“

Antragsbereich Ä/ Antrag 60

Kennnummer 6282

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze von Z. 1257 "Zukünftig [...]" bis Z. 1264 "[...] und sichern." durch: „Um weiterhin in den Bildungsbereich zu investieren, werden wir nicht nur Spielräume im Landeshaushalt nutzen, sondern auch den Kultusetat konstant finanziell ausbauen. Alle bildungspolitischen Maßnahmen sollen zur Verbesserung und
5 Sicherung der Möglichkeiten und Chancengleichheit der jungen Generationen beitragen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 61

Kennnummer 6283

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 27, Z. 1345-1348 [Verlässliche Ganztagesangebote schaffen]

Streiche:

5 „Vor Ort...“ bis „...eine verbindliche sein soll“.

Antragsbereich Ä/ Antrag 62

Kennnummer 6284

Kreisverband Schwarzwald-Baar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1413: Füge nach „kurz bleiben“ ein: „Darum setzten wir uns, vor allem im ländlichen Raum, auch für die Erhaltung der im Moment einzügigen oder im Verbund agierenden Grundschulen ein und wollen diese mittelfristig erhalten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 63

Kennnummer 6435

Kreisverband Karlsruhe Land

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 1477:

„Die bestehende Aufteilung im Bildungssystem ist nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept auch für Ausstattung und Finanzierung.“

Antragsbereich Ä/Antrag 64

Kennnummer 6285

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 30, Z. 1520 [Weiterführende Schulen]

Füge ein:

- 5 „So besteht für Absolventen anderer weiterführender Schulen nach Klasse 10
ausgezeichnete Möglichkeiten, den Weg zum Abitur an beruflichen Gymnasien
fortzusetzen. Fast jedes dritte Abitur wird bereits heute an einem beruflichen
Gymnasium erworben. Diese haben wir wie keine Landesregierung zuvor gestärkt.
Wir haben 150 weitere Eingangsklassen geschaffen und das strukturelle
10 Unterrichtsdefizit auf den bisher niedrigsten Stand gesenkt.“

Antragsbereich Ä/Antrag 65

Kennnummer 6286

AfB Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Es wird beantragt, die Zeilen 1524-1550 durch den folgenden Text zu ersetzen:

Die Gemeinschaftsschule wurde 2012 im Schulgesetz verankert und erfährt seitdem
immer größere Beliebtheit und breite gesellschaftliche Zustimmung.

- 5 Derzeit gibt es über 270 Gemeinschaftsschulen mit über 35.000 Kindern. Die
Gemeinschaftsschule ermöglicht jeder Schülerin und jedem Schüler durch
individuelle und kooperative Lernformen den für sie und ihn jeweils optimalen
Lernerfolg. Die Schülerinnen und Schüler lernen nicht nur länger miteinander,
10 sondern sie lernen auch voneinander und entwickeln dadurch wichtige soziale
Kompetenzen. Dadurch, dass Kinder nicht bereits mit 9 Jahren aufgeteilt werden,
ist die Gemeinschaftsschule ein wichtiger Schritt hin zu mehr
Bildungsgerechtigkeit.

- 15 Alle Kinder werden mit ihren Begabungen und Fähigkeiten bestmöglich gefördert
und in ihrer individuellen Lernentwicklung unterstützt. Alle Schulabschlüsse
können wohnortnah erreicht werden. Durch Lernkonzepte, die die einzelne
Schülerin und den einzelnen Schüler stärker in den Blick nehmen, schaffen wir
bessere Berufs- und Lebenschancen.

- 20 Mit der Gemeinschaftsschule geben wir die richtige Antwort auf gesellschaftliche
Entwicklungen: Der deutliche Rückgang der Schülerzahlen und die zunehmende
Begabungsvielfalt in allen Schularten hätten längst ein Umdenken erfordert. Wir
werden deshalb den Ausbau der Gemeinschaftsschulen weiter voranbringen und für
die pädagogisch anspruchsvolle Arbeit an den Gemeinschaftsschulen alle

25 notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Dies gilt auch für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule auf Antrag des Schulträgers. Dabei werden wir den besonderen Bedarf des ländlichen Raums berücksichtigen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 66

Kennnummer 6287

Ortsverein Eichstetten

(Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 1524-1555 zu ersetzen

5 Die Gemeinschaftsschule wurde in Baden-Württemberg 2012 im Schulgesetz verankert und erfährt seitdem immer größere Beliebtheit und breite gesellschaftliche Zustimmung. Derzeit gibt es über 270 Gemeinschaftsschulen mit über 35.000 Kindern. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht jeder Schülerin und jedem Schüler durch individuelle und kooperative Lernformen den für sie und ihn jeweils optimalen Lernerfolg. Die Schülerinnen und Schüler lernen nicht nur länger miteinander, sondern sie lernen auch voneinander und entwickeln dadurch wichtige soziale Kompetenzen. Dadurch, dass Kinder nicht bereits mit 9 Jahren aufgeteilt werden, ist die Gemeinschaftsschule ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Alle Kinder werden mit ihren Begabungen und Fähigkeiten bestmöglich gefördert und in ihrer individuellen Lernentwicklung unterstützt. Alle Schulabschlüsse können wohnortnah erreicht werden. Durch Lernkonzepte, die die einzelnen Schülerin und den einzelnen Schüler stärker in den Blick nehmen, schaffen wir bessere Berufs- und Lebenschancen.

20 Mit der Gemeinschaftsschule geben wir die richtige Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen: Der deutliche Rückgang der Schülerzahlen und die zunehmende Begabungsvielfalt in allen Schularten hätten schon längst ein Umdenken von Schularten und Abschlüssen erfordert. Wir werden den Ausbau der Gemeinschaftsschulen weiter voranbringen. Für die pädagogisch anspruchsvolle Arbeit an den Gemeinschaftsschulen werden alle dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für die
25 Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule, auf Antrag des Schulträgers. Neben dem 8-jährigem Gymnasium gibt es eine weitere Möglichkeit das Abitur in 9 Jahren an der Gemeinschaftsschule zu erreichen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 67

Kennnummer 6288

Kreisverband Schwarzwald-Baar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1541: Füge nach „ländlichen Raum“ ein: „Um dies noch besser zu gewährleisten, sollen für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im ländlichen Raum flexiblere Lösungen ermöglicht werden“

Antragsbereich Ä/ Antrag 68

Kennnummer 6289

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 31, Z. 1551-1555

Streichen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 69

Kennnummer 6290

Ortsverein Eichstetten

(Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 1559: ergänzend nach Zeile 1559

Wir werden Realschulen weiterhin ermutigen, sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln.

Antragsbereich Ä/ Antrag 70

Kennnummer 6291

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Z. 1598 den Absatz zu Medienbildung durch: „Die zunehmende Digitalisierung konfrontiert unsere Gesellschaft mit einem permanenten Veränderungsprozess und vielschichtigen Herausforderungen für jeden einzelnen Menschen. Dieser Tatsache muss bereits in der Schule ausreichend Rechnung
5 getragen werden. Medienbildung, grundlegende Informatikkenntnisse und ein Bewusstsein für die Sensibilität der eigenen digitalen Persönlichkeit sind tragende Säulen des mündigen Bürgers von heute und morgen. Wir werden unsere Schulen so weiterentwickeln, dass sie diese Ziele verwirklichen können.

10 Eine stets dem Stand der Technik angemessenen Infrastruktur soll Teil eines verbindlichen und nachhaltigen Raumkonzepts werden. Nur so treffen Schülerinnen und Schüler aller Schulen auf vergleichbare Bedingungen, die es ermöglichen, dass sie in ihrer Schulzeit und darüber hinaus mit dem Veränderungsprozess der Digitalisierung Schritt halten und ihn mitgestalten können. Neben der technischen
15 Infrastruktur werden wir dafür sorgen, dass Schulen auch technisches Personal zur Verfügung gestellt wird.

Lehrkräfte sollen in diesem Bereich in ihrer Aus- und Weiterbildung noch stärker
20 professionalisiert werden. Wir werden ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit jede Schule einen für sie optimalen Medienentwicklungsplan ausarbeiten und umsetzen kann.

Wichtige Teile des gesellschaftlichen Lebens und der täglichen Kommunikation

25 finden mit Hilfe von mobilen Endgeräten und in sozialen Netzwerken statt. Beides werden wir noch stärker in die Lebenswelt Schule integrieren. Nur so kann kritisches und souveränes Handeln in einer digitalen Welt erlernt und offensiv mit Gefahren und Missbräuchen in der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler umgegangen werden.

In einem offenen und demokratischen Prozess werden wir Richtlinien und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit sozialen Netzwerken mit allen am Schulleben beteiligten Personen und Institutionen erarbeiten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 71

Kennnummer 6292

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1602 Füge ein in Z. 1602: "Wir möchten gewährleisten, dass jeder Schüler und jede Schülerin mindestens über die Dauer eines Schuljahres Informatikunterricht erhält."

Antragsbereich Ä/ Antrag 72

Kennnummer 6293

Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden

Änderungsantrag zum Antrag R1

Demokratiebildung

Einfügen nach Zeile 1602:

- 5 Demokratische Bildung ist uns ein besonders wichtiges Anliegen. Hierbei sollen Schülerinnen und Schüler die Grundwerte unserer Staatsform, die pluralistischen Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung, erlernen um ihre besondere Bedeutung einordnen zu können. Eine Auseinandersetzung mit unserem Grundgesetz und unseren Grundrechten soll in diesem Rahmen stattfinden.
- 10 Lehrerinnen und Lehrer sollen für einen solchen Unterricht entsprechend weitergebildet werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 73

Kennnummer 6294

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag zu R1 Gute Unterrichtsversorgung an unseren Schulen

Einfügen nach Zeile 1640:

- 5 Die Krankheitsreserve soll als unbefristete und geregelte Arbeitsverhältnisse gestaltet werden. Insbesondere soll die Bezahlung über die Sommerferien

sichergestellt werden.

10 **Begründung:**

Lehrerinnen und Lehrer, die als Krankheitsreserve arbeiten, dürfen keine Angestellten 2. Klasse sein. Insbesondere ist nicht hinnehmbar, dass ihre Verträge zum Ende des Schuljahres auslaufen und sie dann zum neuen Schuljahr mit einem weiteren befristeten Vertrag wieder eingestellt werden. Dies ist nicht unsere Vorstellung von „guter Arbeit“.

Antragsbereich Ä/ Antrag 74

Kennnummer 6295

AfB Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Es wird beantragt, in Zeile 1659 das Wort „Sekundarstufenlehrern“ durch „Lehrer und Lehrerinnen an Sekundarstufen“ zu ersetzen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 75

Kennnummer 6296

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 1660:

„Zur Sicherung des notwendigen Lehrkräftenachwuchses werden wir Lehrkräfte in unbefristete und geregelte Arbeitsverhältnisse einstellen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 76

Kennnummer 6297

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag zu R1 Zeile 1672

Einfügen:eröffnen. Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer wollen wir für alle verpflichtend machen. Zum besseren Austausch...--

5

Begründung:

Alle Lehrer und Lehrerinnen müssen sich durch Fortbildung für neue Erkenntnisse und Lehrmethoden qualifizieren, um die damit Schülerinnen und Schüler optimal gefördert werden.

10

Antragsbereich Ä/ Antrag 77

Kennnummer 6298

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Gute Lehrerinnen und Lehrer legen den Grundstein

S. 33, Z. 1672 Füge nach „eröffnen.“ ein:

- 5 „Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode eine angemessene Praxisphase für alle Lehramtsstudierenden einführen, die sie spätestens am Ende ihres Bachelorstudiums absolvieren müssen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 78

Kennnummer 6299

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1676 Füge ein: „Desweiteren wollen wir darauf hinarbeiten, dass weniger Lehrerinnen und Lehrer einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 79

Kennnummer 6300

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge als zusätzliche Absätze ein ab Zeile 1677, S.33:

- 5 „In der aktuellen Lage benötigen wir jede Lehrkraft. Um den Lehrberuf attraktiver zu machen wollen wir die Lehrkräfte, die durchgängig ein Schuljahr an unseren Schulen unterrichtet haben und für das folgende Schuljahr eine Anschlussbeschäftigung vorweisen können, auch über die Sommerferien beschäftigen.

- 10 Der Nachwuchs an Lehrkräften liegt uns ebenfalls am Herzen. Deshalb wollen wir Lehramtsreferendaren die ihre Ausbildung erfolgreich vollendet haben und eine Beschäftigungszusage durch das Land Baden-Württemberg vorweisen können auch über den Zeitraum der Sommerferien bezahlen.

- 15 Wir setzen an unseren Schulen in Baden-Württemberg verbeamtete und angestellte Lehrerinnen und Lehrer ein. Einige von ihnen verfügen ebenfalls über das 2. Staatsexamen (sog. „Erfüller“). Da diese „Erfüller“ sowohl über die gleiche Qualifikation verfügen als auch die gleiche Leistung wie ihre verbeamteten Kollegen erbringen, wollen wir unserer Vorbildfunktion als Arbeitgeber gerecht werden und gemeinsam mit den Gewerkschaften nach Möglichkeiten suchen, das
20 Gehaltsgefälle abzubauen.“

Begründung:

25 Das Land Baden-Württemberg ist ein zuverlässiger und attraktiver Arbeitgeber. Wir wollen die Vorbildfunktion für die freie Wirtschaft sein.

Beschluss „B 5 des Landesparteitages Reutlingen 2013

30 Sog. „Erfüller“ (angestellte Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen) verfügen über die gleichen Qualifikationen wie ihre verbeamteten Kollegen. Sie wurden meist aus alters- oder gesundheitlichen Gründen (Übergewicht) nicht verbeamtet. Die Nichtverbeamtung hat zur Folge, dass dieser Personenkreis zwar mit E 13 bezahlt wird, aber aufgrund der sozialversicherungspflichtigen Abzüge eine Nettodifferenz von bis zu 600 Euro pro Monat entsteht. Um dieser Diskriminierung aufgrund des
35 Alters bzw. der Gesundheit entgegenzuwirken wollen wir unserem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gerecht werden und gemeinsam mit den Gewerkschaften nach Anreizen für diesen engen Personenkreis ca. 2.000 Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg) suchen. Der Tarifvertrag TVL stellt nur den Mindestlohn für diesen engen Personenkreis dar. Die Rücknahme der
40 Reduzierung der Eingangsbesoldung der Beamte, von derzeit 8 %, verschärft dieses Problem weiter. Die Landesregierung könnte, wie z.B. das Land Berlin, spezielle Anreize für diese angestellten Lehrkräfte setzen.

Wir halten es grundsätzlich für notwendig, diese unterschiedlichen Besoldungssysteme, die es auch in anderen Bereichen der Landesverwaltung gibt, insgesamt auf den Prüfstand zu stellen.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 80***

Kennnummer 6301

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 1701: "[..] auseinanderzusetzen, bis ein verpflichtender Ethikunterricht von Klasse 1 bis 12 mit wählbaren Religionsmodulen nach Konfession entwickelt ist."

Streiche dementsprechend Z. 1708 "Wir streben [..]" bis Z. 1712 "[..] einsetzen."

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 81***

Kennnummer 6302

Ortsverein Filderstadt

(Kreisverband Esslingen)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Absatz 2 Änderung Satz 2 Zeilen 1708 -1710.

Ersetzen durch:

5 „Ethik soll neben Religion als Alternative schrittweise ab Klasse 1 eingeführt

werden.“

Ergänzung:

10

Ab dem Schuljahr 2016/17 wird in den Klassen 1 der Grundschulen und in den Klassen 5 der weiterführenden Schulen das Fach Ethik verbindlich eingeführt, alternativ zum bestehenden Religionsunterricht.“

15

Absatz 2 Änderung Satz 3 Zeilen 1710-12

Der Ausbau des islamischen Unterrichts wird eingestellt, ebenso soll kein weiterer Religionsunterricht anderer Religionen und Konfessionen eingeführt werden.

20

Begründung:

25

Die Realisierung des Faches Ethik war bisher nach Aussagen der Landesregierung wegen der Haushaltssituation nicht möglich Kultusminister Stoch betonte schon 2014, „dass Ethik-Unterricht langfristig immer wichtiger wird. Prinzipiell sei es sinnvoll, Ethik-Unterricht bereits an Grundschulen anzubieten.“

30

Inzwischen hat sich die Situation in unserer Gesellschaft diesbezüglich so grundlegend weiter entwickelt, dass der Ethikunterricht und die Vermittlung gemeinsamer und verbindlicher Werte in unserer Gesellschaft unverzichtbar ist.

35

Die Ausführungen zum Religionsunterricht im Grundgesetz sind vor dem damaligen gesellschaftlichen Hintergrund verständlich. Seit der Einführung des Grundgesetzes hat sich unsere Gesellschaft aber erheblich verändert. Konnte man einst die Schülerschaft im Wesentlichen in die zwei Konfessionen evangelische und katholische Kinder einteilen, so ist dies seit vielen Jahren nicht mehr möglich. Durch die Völkerwanderung der Flüchtlinge seit 2015 hat sich diese Entwicklung signifikant weiter verändert.

40

Wir müssen alle Kinder fördern, ohne Ansehen der jeweiligen Religionszugehörigkeit oder auch wenn sie ohne eine religiöse Bindung aufwachsen.

45

Die Aufgabe unseres Staates muss es sein, allen Kindern gerecht zu werden und ihnen eine Werteerziehung zukommen zu lassen, die nicht zu einem bestimmten Glauben erzieht, sondern die Werte einer menschlichen Gesellschaft vermittelt, die den Menschenrechten verpflichtet sind und ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ermöglichen.

50

Nahezu alle Religionen enthalten wie der Humanismus Wertvorstellungen im Interesse des menschlichen Wohlergehens und Respektes. Kinder sollen die Gemeinsamkeiten dieser verbindenden Werte erkennen, und annehmen lernen und praktizieren.

55

Ethikunterricht soll also das gegenseitige Kennen- und Respektieren-Lernen ermöglichen und fördern, um Integrationsanstrengungen effektiv zu unterstützen.

Religiöse Regeln, die diesen Grundsätzen angeblich entgegen stehen, werden nicht

geduldet und können den Schutz des Grundgesetzes nicht für sich beanspruchen.

Eine Fortsetzung des Religionsunterrichtes in vielfältigen Religionsbekenntnissen führt zur Festigung von Unterschieden und zu Parallelgesellschaften.

In einer Welt von vielen Glaubensrichtungen kann die Schule nicht zu dem allein selig machenden Glauben erziehen. Das zementiert allenfalls Konflikte.

Die Konfessionen und Religionsgemeinschaften sind für uns keine Gegner, sondern sie werden aufgefordert, ganz erheblich dazu beizutragen, diese Konflikte zu überwinden, um letztlich die gesellschaftliche Koexistenz unterschiedlicher Glaubensrichtungen friedlich zu ermöglichen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 82

Kennnummer 6436

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Z. 1718 „Friedensbildung“ mit „Friedens- und Menschenrechtsbildung“

Antragsbereich Ä/ Antrag 83

Kennnummer 6429

Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden

Änderungsantrag zum Antrag R1

Einfügen auf Seite 34, Zeile 1730:

5 „Mit der Förderung der Schulsozialarbeit in Höhe von jährlich 25 Millionen Euro ist es uns gelungen, die Zahl der dort Beschäftigten auf fast 2000 deutlich zu erhöhen. Damit werden wir auch weiterhin einen wertvollen Beitrag zur Integration und Gewaltprävention – ergänzend zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule – leisten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 84

Kennnummer 6303

Kreisverband Reutlingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 1757 nach „im Besonderen“

„Wir werden in Verhandlung mit den kommunalen Spitzenverbänden einen flächendeckenden Ausbau von inklusiven Kita-Plätzen vorantreiben.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 85

Kennnummer 6304

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 35, Z. 1775 [Inklusion verwirklichen]

Füge ein nach „bedarforientiert ausbauen.“:

- 5 „In den Klassen 1 und 2 werden wir je nach Bedarf das Tandem-Modell umsetzen. Damit wird – je nach sonderpädagogischem Förderungsbedarf des Schülers/der Schülerin – eine Sonderschullehrkraft zu mindestens 50% der Unterrichtszeit zum Einsatz kommen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 86

Kennnummer 6305

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 1787

Änderung:

- 5 Füge ein hinter „geben“: „auch nicht für Studierende aus dem nichteuropäischen Ausland.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 87

Kennnummer 6306

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1788 Füge ein nach "[..] geben.": "Deswegen dürfen auch bei keinem Masterstudiengang Studiengebühren von den Studierenden erhoben werden."

Antragsbereich Ä/ Antrag 88

Kennnummer 6437

Kreisverband Karlsruhe Land

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 1807:

- 5 „Zur Familie gehört für uns auch die Großelterngeneration, welche eine immer aktivere Rolle in den Familien spielt. Großeltern stehen für ihre Kinder und Enkel ein – als konstante Bezugspersonen und immer häufiger als Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 89

Kennnummer 6307

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Zeile 1824-1825, S. 36, durch:

„[...], damit die Eltern gleichermaßen Zeit mit ihren Kindern verbringen können“

5 Begründung erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 90

Kennnummer 6308

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Z. 1856 „alleinerziehende Mütter“ durch „Alleinerziehende“

Antragsbereich Ä/ Antrag 91

Kennnummer 6438

Kreisverband Heilbronn-Land

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Z. 1896 – 1898:

„... schrittweise die Beitragsfreiheit für Kindergärten und Kindertagesstätten im Land einführen.“

5

durch:

„... schrittweise die Beitragsfreiheit für Kindergärten, Kindertagesstätten und die Kindertagespflege im Land einführen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 92

Kennnummer 6309

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 1883 Füge ein: "Hierfür streben wir eine schrittweise Ausweitung des Angebotes an. In einem ersten Schritt wollen wir während der Sommerferien 3 Wochen eine Betreuung garantieren und die garantierte Mindestbetreuungsdauer schrittweise ausweiten."

Antragsbereich Ä/ Antrag 93

Kennnummer 6310

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche Zeile 1912-1916, S. 38

Begründung:

5 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 94

Kennnummer 6311

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Zeile 1930, S. 38:

Beratungsinfrastruktur durch Beratungsangebote

Antragsbereich Ä/ Antrag 95

Kennnummer 6439

Kreisverband Heilbronn-Land

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 1940:

„Zusammenleben der Generationen

5 Wir unterstützen die Mehrgenerationenhäuser im Land als Ort der Begegnung zwischen den Generationen und als zukunftsfähige Lebens- und Wohnform. Mehrgenerationenhäuser können eine Antwort geben auf die Herausforderungen, die die verschiedenen Lebensphasen stellen: Die Großelterngeneration wird weiterhin gebraucht, mithin wird der Einsamkeit im Alter entgegengewirkt. Aber
10 auch die Elterngeneration, die sich in der viel beklagten Rush-hour des Lebens befindet, wird entlastet.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 96

Kennnummer 6312

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 2054:

„Zudem werden wir ein ähnliches Programm für die bessere Versorgung von psychologischen Behandlungsangeboten im ländlichen Raum einführen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 97

Kennnummer 6313

Kreisverband Schwarzwald-Baar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2054: Füge nach „im Land bei.“ ein: „Auch wollen wir ein Konzept erarbeiten, das in den Niederlassungsvorschriften für Ärzte eine kleinräumigere Bedarfsanalyse vorsieht. Insbesondere werden die Bedarfe von Mittel- und Oberzentren getrennt von den restlichen Gebieten ermittelt.“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 98

Kennnummer 6314

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2074 setze ein hinter „leisten“: „und auch von dieser Arbeit leben können“

Antragsbereich Ä/ Antrag 99

Kennnummer 6315

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Überschrift erweitern in „Gute Pflege und Betreuung“ in Zeile 2110, S.41

Antragsbereich Ä/ Antrag 100

Kennnummer 6316

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 41, Z. 2111

Ersetze „Ältere“ durch „Alle“.

Antragsbereich Ä/ Antrag 101

Kennnummer 6317

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zu S. 43, Z. 2179: „mit“ ersetzen durch „und“

Antragsbereich Ä/ Antrag 102

Kennnummer 6318

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zu S. 43, Z. 2183: Absatz einfügen:

5 Dazu gehört für uns auch, Pflegebedürftigen und Menschen mit Demenz so lange wie möglich das Leben im vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Durch Unterstützungssysteme wie elektronisch gestützte Netzwerke, die aus Haupt- und Ehrenamtlichen sowie Angehörigen bestehen, ermöglichen wir länger selbstbestimmtes Leben, Teilhabe und achtsames nachbarschaftliches Miteinander im vertrauten Wohnquartier.

10 **Begründung:**

Die Unterstützung in den eigenen vier Wänden muss durch Unterstützung über die Wohnungsgrenzen hinaus ergänzt werden. Es gibt sehr gute Modellversuche, in denen Technologien wie Ortungssysteme mit Helfernetzwerken verbunden werden.
15 Hier entstehen intelligente Unterstützungssysteme, die z.B. Menschen mit Demenz das selbstbestimmte Leben im vertrauten Umfeld ermöglichen. Dieser quartiersbezogene Ansatz verbindet die Möglichkeiten von 4.0 mit den Zielen soziale Teilhabe, Solidarität und gutes nachbarschaftliches Miteinander füreinander. Wir sehen das als ein zukunftsweisendes Modell in guter sozialdemokratischer Tradition.

Antragsbereich Ä/ Antrag 103

Kennnummer 6319

SGK Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Seite 43, Zeile 2216

5 „In vielen Groß- und Universitätsstädten“ ersetzen durch „In vielen Städten und in den Ballungsräumen“

Begründung:

10 Dass die Lage am Wohnungsmarkt nur in den Groß- und Universitätsstädten im Land angespannt ist, ist von der Realität überholt. Es gilt für viele Städte im Land und auch für Gemeinden, die in Ballungsräumen liegen

Antragsbereich Ä/ Antrag 104

Kennnummer 6320

SGK Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Einfügen nach „... Raumplanung ermöglichen wollen.“:

- 5 Darüber hinaus gilt es, das bestehende Planungs- und Baurecht, z.B. durch die Pauschalisierung von Ausgleichsmaßnahmen zu entbürokratisieren.

Begründung:

- 10 Begründung: Das jetzige Planungs- und Baurecht mit den Grundlagen des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes ist in Teilen zu komplex und vor allem sehr zeitaufwendig. Umfangreiche Kartierungen mit monatelangen Beobachtungen von Fauna und Habitat, zu meist über den Zeitraum von mehr als 12 Monaten, sowie entsprechende Auswertungen verlangsamten die Schaffung von
- 15 Baurecht erheblich. Gleiches gilt beispielsweise auch für die Umwandlung von bereits bebauten oder brachliegenden Flächen innerhalb bebauter Ortschaften. Demzufolge könnte bei Pauschalierung der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen eine deutliche Beschleunigung und Umsetzung der geplanten Wohnraumförderung erzielt werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 105

Kennnummer 6321

Kreisverband Konstanz

**Änderungsantrag zum Antrag R1
Z 2275 [Bezahlbares Wohnen]**

Füge ein:

- 5 „Wir streben eine Wiederbelebung der Wohnungsgemeinnützigkeit an. „

Antragsbereich Ä/ Antrag 106

Kennnummer 6322

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Zeile 2291 nach „.....ehrgeizigen Neubauzielen erreichen.“: "Hierfür werden wir das Programmvolumen der Landeswohnraumförderung auf 250 Mio. Euro pro Jahr erhöhen."

- 5 **Begründung:**

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 107

Kennnummer 6323

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z: 2293

Füge vorher ein:

- 5 „Die Wohnraumförderung muss sich am Ziel orientieren, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 108

Kennnummer 6324

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 3032

Änderung:

- 5 Füge ein:

- 10 „Auch der Frauenanteil in den MINT-Fächern ist immer noch verschwindend gering. Aus diesem Grund setzen wir uns für verbindliche Frauenquoten bei Neueinstellungen ein. Darüber hinaus verfolgen wir bereits bestehende Ansätze für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft und wollen gezielt Anreize für die Aufnahme eines Studiums in den MINT-Fächern setzen. Nachwuchsförderung muss für eine nachhaltige Entwicklung in der Gesellschaft insbesondere Frauen zu Gute kommen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 109

Kennnummer 6325

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2312 Füge nach „lassen.“ ein: „Wir werden auch die Akquise leerstehenden Wohnraums in den Fokus rücken. Wir setzen dabei auf positive Anreize und werden daher die Ausweitung der Übernahme von Bürgschaften und die Bezuschussung von Sanierungen prüfen.“

- 5

Antragsbereich Ä/Antrag 110

Kennnummer 6326

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- Z. 2312 Füge ein „Um dem akuten Mangel von Wohnraum entgegenzuwirken, wollen wir zur Förderung des Wohnungsbaus die Ausweisung von Bauflächen durch die Kommunen erleichtern und entsprechende Landesgesetze auf ihre Aktualität überprüfen. Die in der Landesbauordnung formulierten hohen Standards wollen wir auf den Prüfstand stellen und befristet aussetzen, wenn dies für den schnellen Ausbau von Wohnungen erforderlich ist. "
- 5

Antragsbereich Ä/Antrag 111

Kennnummer 6440

Kreisverband Karlsruhe Land

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 2312:

„Wir werden die Gründung gemeinnütziger oder genossenschaftlicher Wohnungsbaugesellschaften aktiv fördern.“

Antragsbereich Ä/Antrag 112

Kennnummer 6327

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z: 2313

Füge ein:

- 5 „Wir entwickeln Fördermodelle, die günstigen Wohnungsbau mit Hilfe von Erbpacht der Grundstücke ermöglichen.

- 10 Wohnungsbaupolitik muss auf stabile Nachbarschaften achten und sie fördern. Dazu dient das Instrument der mittelbaren Belegung, das wir attraktiver ausgestalten wollen. Wohnbauprogramme für Flüchtlinge müssen in die reguläre Wohnungsbauförderung integriert werden.“

Antragsbereich Ä/Antrag 113

Kennnummer 6328

Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag S. 46, Z. 2370

5 Streiche:
und die Unterstützung des Klimawandels helfen unseren Kommunen jeden Tag aufs Neue.

10 Ersetze durch:
und die Förderung klimaverträglicher Bauweisen helfen unseren Kommunen jeden Tag aufs Neue

Antragsbereich Ä/ Antrag 114

Kennnummer 6329
Kreisverband Schwarzwald-Baar

Änderungsantrag zum Antrag R1

5 Z. 2420: Füge nach „Daseinsvorsorge.“ ein „Um gezielt den negativen Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum entgegenzuwirken, wollen wir ein speziell ausgelegtes Förderprogramm auflegen, aus dem kommunale und privat organisierte Projekte in diesem Kontext gefördert werden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 115

Kennnummer 6330

SGK Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Seite 47, Zeile 2420

Einfügen nach „... der öffentlichen Daseinsvorsorge“:

5 sowie leistungsfähige und bürgernahe Kommunalverwaltungen. Hierfür wollen wir Verwaltungsgemeinschaften in ihrer Aufgabenwahrnehmung stärken und so interkommunale Zusammenarbeit erleichtern.

Begründung:

10 Die gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen der Verwaltung im ländlichen Raum gehört ebenso zu einer guten Lebensqualität. Die Landesregierung hat in der nun ablaufenden Legislaturperiode bereits Schritte in diese Richtung unternommen, insb. was die interkommunale Zusammenarbeit angeht. Dies gilt es weiterzuentwickeln

Antragsbereich Ä/ Antrag 116

Kennnummer 6331

Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden

Änderungsantrag zum Antrag R1

In Zeile 2455 einfügen

5 Darüber hinaus eröffnen lokale Vermarktung, wie etwa Dorfläden, einen wichtigen Beitrag zu Verbesserung der örtlichen Nahversorgung. Ebenso bieten auch andere alternative Konzepte, wie sie in „Der Nahversorgung eine Chance“ des Finanz- und Wirtschaftsministeriums vorgestellt werden, wichtige Ideen für eine gute Versorgung im Ländlichen Raum.

Antragsbereich Ä/ Antrag 117

Kennnummer 6332

Kreisverband Schwarzwald-Baar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2457: Füge nach „Kommunikationsnetze“ ein: „, die gezielte Überprüfung von Verwaltungsregelungen, im Bezug auf Auswirkungen auf den ländlichen Raum“

Antragsbereich Ä/ Antrag 118

Kennnummer 6333

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Überschrift ersetzen durch: „Stark im Ehrenamt“ in Zeile 2462, S.48

Antragsbereich Ä/ Antrag 119

Kennnummer 6334

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2509 Füge ein in Z. 2509: "Um ehrenamtliches Engagement auch bei Rettungskräften zu stärken, wollen wir eine Freistellung für Arbeitnehmer bei Notfällen auch unterhalb der Schwelle einer Katastrophensituation ermöglichen."

Antragsbereich Ä/ Antrag 120

Kennnummer 6335

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Zeile 2543: „Baden-Württemberg blickt auf eine unrühmliche Verfolgungsgeschichte schwuler Männer zurück, die auf Basis der durch die Nationalsozialisten verschärften Gesetzgebung nach Paragraph 175 bis 1994

5 dauerte. Wir werden uns weiterhin für die Aufhebung dieser Urteile auf Bundesebene einsetzen und streben eine umfassende historische Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte an. Gleichzeitig streben wir eine finanzielle Kompensation für die noch lebenden Opfer an, um der Verantwortung der Landesregierung gerecht zu werden.

10 **Sensibilisierung der Exekutivkräfte gegenüber LSBTTIQ***

15 Durch die Einrichtung des Landesnetzwerkes LSBTTIQ*-Baden-Württemberg wurde ein großer Schritt in Richtung einer Vernetzung der landesweiten Interessensgruppen gegangen, um eine bessere Zusammenarbeit mit der Landesregierung zu ermöglichen. Wir wollen in der Regierung weiterhin aktiv an der Sensibilisierung der Exekutivkräfte, wie z.B. der Landespolizei, arbeiten um das Vertrauen der LSBTTIQ*-Community gegenüber der Exekutivkräfte zu stärken. Dafür wollen wir Stellen für Ansprechpartner*innen in den betreffenden Institutionen schaffen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Aufnahme des Begriffs "Hassverbrechen aufgrund sexueller Orientierung" in das Strafrecht auf Bundesebene ein.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 121

Kennnummer 6336

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 50: Füge ein in Z. 2552:

5 „Den Runden Tisch Menschenhandel wollen wir in der kommenden Legislaturperiode wieder regelmäßig tagen lassen, damit die zuständigen Akteure in einen Dialog treten können.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 122

Kennnummer 6337

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 50, Z. 2555

5 Füge nach „Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt bekämpfen“ und vor „Inklusion verwirklichen“ folgenden Absatz ein:

„Radikalisierung vermeiden

10 Insbesondere bezüglich islamistischer Tendenzen müssen wirksame Maßnahmen zu Radikalismusprävention und Deradikalisierung diskutiert und flächendeckend institutionalisiert werden. Die Präventionsarbeit obliegt vorrangig den Bildungsinstitutionen ab der Grundschule mit der Vermittlung von Grundwerten unserer Gesellschaft, insbesondere auch von Diskussionskultur in respektvollem Rahmen. Da es sich bei den Gefährdeten oftmals um Jugendliche handelt, ist es nötig Lehrerinnen und Lehrer gezielt dafür zu sensibilisieren Frühwarzeichen zu erkennen und die Arbeit der Schulen und entsprechend zu fördernder Projekten zur

15

Deradikalisierung eng zu verzahnen. Wir wollen Jugendliche und junge Menschen mit radikalen Tendenzen auffangen, *bevor* sie mit dem Sicherheitsapparat in Konflikt geraten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 123

Kennnummer 6338

Kreisverband Reutlingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 2628: Neu formulieren: „Maßgebend soll der Bedarf der Menschen sein.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 124

Kennnummer 6339

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2694: Ergänze in Z. 2694: „Die Fördersätze im Landesjugendplan wollen wir an die Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Langfristig streben wir ein Förderverhältnis von 5:1 Kindern je Betreuer an. Außerdem wollen wir Unterkunft und Verpflegung bei Schulungen für Jugendgruppenleiterinnen und -leiter künftig
5 durch Landesmittel decken und damit die ehrenamtliche Jugendarbeit stärken.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 125

Kennnummer 6340

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2695 Füge nach „sorgen.“ ein: „Darüber hinaus möchten wir in der kommenden
Legislaturperiode das Gefälle der finanziellen Ausstattung der Jugendhilfe in den
Stadt- und Landkreisen, insbesondere aber in den ländlichen Gebieten, in Angriff
nehmen. Wir werden dafür sorgen, dass alle Jugendlichen in Baden-Württemberg
5 den Zugang zu einer gut ausgebauten Jugendhilfe haben, unabhängig davon, an
welchem Ort sie wohnen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 126

Kennnummer 6341

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2695 Füge ein in Z. 2695: "Für eine Kultur des Ermöglichens, statt des
Verbietens. Die SPD hat in vielen Bereichen mit der Verbotspolitik gebrochen. Wir
haben das Sonn- und Feiertagsgesetz reformiert und den Großteil der Tanzverbote
abgeschafft. Außerdem haben wir Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen
5 verhindert und stattdessen die Präventionsarbeit deutlich ausgeweitet. Wir stehen
für eine Politik, die den Menschen nicht vorschreibt, wie sie zu leben haben. Wir

- 10 wollen weg von einer Kultur des Verbotens und hin zu einer Kultur des Ermöglichens. Deswegen werden wir Alkoholverkaufsverbote ab 22 Uhr abschaffen und sprechen uns auch weiterhin gegen Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen aus. Wir wollen die Präventions- und Jugendarbeit vor Ort weiter ausbauen und stärken. Die SPD wird veraltete Gesetze auf den Prüfstand stellen. Regelungen, die nicht mehr in unsere Zeit passen, wie etwa das Autowaschverbot an Sonn- und Feiertagen, werden wir abschaffen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 127

Kennnummer 6342

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- 5 Z. 2695 Füge ein: Wir werden auch die verbliebenen Tanzverbote an Feiertagen abschaffen. Es lässt sich nicht begründen, warum gerade das Tanzen an diesen Feiertagen verboten ist, während andere Freizeitaktivitäten erlaubt sind. Unser Ziel bleibt, die Andacht der Menschen zu den religiös und kulturell gewachsenen Feiertagen zu schützen und zu stärken, ohne durch Verbote eine ablehnende Reaktion in weiten Teilen der Bevölkerung zu erzeugen. Hierfür möchten wir mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Dialog treten.

Antragsbereich Ä/ Antrag 128

Kennnummer 6343

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2855 Füge ein "Unser Ziel ist es, für alle Bachelorabsolvent*innen einen Masterstudienplatz zur Verfügung zu stellen und somit eine Masterplatzgarantie garantieren zu können."

Antragsbereich Ä/ Antrag 129

Kennnummer 6344

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- 5 Z. 2875 Füge ein: "Wir wollen qualifizierte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für soziale Berufe weiter stärken. Dafür werden wir Hochschulen stärker als bisher für Menschen mit beruflicher Qualifizierung öffnen. Auch eine Ausbildung muss als Startpunkt für eine akademische Ausbildung gelten können. Wir wollen entsprechende Bildungs- und Weiterbildungsangebote an Hochschulen auch berufsbegleitend ausbauen und die Qualität dieser weiter verbessern. "

Antragsbereich Ä/ Antrag 130

Kennnummer 6345

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2927 Füge ein „Die qualifizierte Attestpflicht werden wir abschaffen. Es muss ausschließlich medizinischem Personal vorbehalten sein, die Prüfungsfähigkeit von Studierenden zu beurteilen. Eine Zulässigkeitsprüfung durch Verwaltungsangestellte der Hochschulen darf es nicht geben.“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 131

Kennnummer 6346

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2927 Füge ein in Z. 2927 "Unser Ziel ist ein freies und selbstbestimmtes Studium. Studierende sollen selbst bestimmt entscheiden, ob sie Veranstaltungen besuchen wollen. Eine Anwesenheitspflicht führt weder zu einer besseren Lehre noch zu einem garantierten Studienerfolg. Daher werden wir sie abschaffen."

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 132

Kennnummer 6347

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 2927 Ergänze "Um weitere finanzielle Hürden abzubauen, setzen wir uns für die Abschaffung der Verwaltungsgebühren an den Hochschulen ein."

Antragsbereich Ä/ Antrag 133

Kennnummer 6348

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 2928

Änderung:

5 Füge ein:

„Eine offene Hochschule muss nach dem Verständnis der SPD auch Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen Erkrankungen ein selbstbestimmtes und barrierefreies Studium ermöglichen. In die zur Herstellung von Barrierefreiheit

- 10 notwendigen Maßnahmen werden wir deshalb investieren. Die Notwendigkeit von Anwesenheitspflichten, die einem selbstbestimmtem Studium gerade auch für Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen Erkrankungen im Weg stehen, werden wir prüfen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 134

Kennnummer 6349

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 2928

Änderung:

- 5 Füge ein:

- 10 „Die Praxis der qualifizierten Attesten, bei denen die Prüfungsfähigkeit von Prüfungsausschüssen nach in Attesten vom Arzt/von der Ärztin zu notierenden Befundtatsachen beurteilt wird, demütigt Studierende und greift in ihre Privatsphäre ein, zugleich misstraut sie Ärzten und Ärztinnen unnötig. Wir lehnen sie deshalb ab und wollen sie weitestgehend unterbinden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 135

Kennnummer 6350

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 2945

Änderung:

- 5 Füge hinter „Gesundheitswesen“ ein: „Um familiären Verpflichtungen, wie der Pflege von Angehörigen oder der Betreuung eigener Kinder, gerecht zu werden, setzen wir uns auch in anderen Studienfächern für eine verstärkte Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Studienplatzvergabe ein. Studierenden soll es möglich sein, in der Nähe der Angehörigen zu studieren.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 136

Kennnummer 6351

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: Z. 2945

Änderung:

- 5 Ersetze „Die Studentenwerke werden wir auch zukünftig bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen.“ durch „Das Studium wird ebenfalls durch die angespannte Wohnraumsituation erschwert. Neben den allgemeinen von der SPD bereits vorangetriebenen Maßnahmen, muss eine verstärkte Unterstützung der Studierendenwerke stattfinden. Wohnheime sind der Schlüssel zu kostengünstigem, effizientem Wohnraum für die Studienzzeit.“
- 10

Antragsbereich Ä/ Antrag 137

Kennnummer 6352

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- ab Zeile 2945 „Die Studentenwerke werden wir auch zukünftig bei der Schaffung von Wohnraum unterstützen“ ersetzen durch: „Insbesondere für Erstsemester, Studierende mit geringem Einkommen und ausländische Studierende ist die Wohnraumsituation in Hochschulstädten oft problematisch, sie sind auf preisgünstige und studiengerechte Wohnheimplätze angewiesen. Dem weiteren Ausbau von Studierendenwohnheimplätzen unter der Federführung der Studierendenwerke wird deshalb ein Hauptaugenmerk gelten.“
- 5

Antragsbereich Ä/ Antrag 138

Kennnummer 6353

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 2948

Änderung:

- 5 Füge hinter „unterstützen“ ein: „Für ein flexibles, selbstbestimmtes Studium muss es ebenfalls möglich sein, innerhalb von Baden-Württemberg zu pendeln. Nach wie vor setzt sich die SPD daher für ein landesweites Semesterticket ein. Dies darf jedoch nur zu einem sozial verträglichen Preis umgesetzt werden. Auch die weiteren Probleme bei der Umsetzung dürfen nicht übersehen werden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 139

Kennnummer 6354

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 2949

Änderung:

- 5 Füge ein:

„Demokratische

Hochschule

10 Den Hochschulen wurde die Möglichkeit gegeben, die Sitze der Wahlmitglieder in
ihren Senaten zu erhöhen, um eine verbesserte Mitsprache unterrepräsentierter
Statusgruppen zu ermöglichen. Davon wurde kaum Gebrauch gemacht. Die SPD
wird sich auch weiterhin für eine starke Studierendenvertretung und eine starke
15 Stimme des akademischen Mittelbaus einsetzen und Möglichkeiten prüfen, die
Hochschulsenate zu einer paritätischen Besetzung zu motivieren. Diese wurde zu
Gunsten von Eltern, Schülern und Schülerinnen bereits in Schulkonferenzen
gesetzlich festgeschrieben und soll auch an Hochschulen gefördert werden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 140

Kennnummer 6355

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: vor Z. 2950

Änderung:

5 Füge ein:

„Die SPD wird sich ebenfalls weiterhin für eine Konstituierung der
Landesstudierendenvertretung einsetzen, die bis heute nicht stattfinden konnte.
Dem entgegenstehende rechtliche und tatsächliche Hürden müssen auf den
10 Prüfstein gelegt werden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 141

Kennnummer 6356

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: vor Z. 2950

Änderung:

5 Füge ein: „Auch das fehlende Recht über das im Senat besprochene öffentlich zu
berichten, hemmt die politische Arbeit der weniger repräsentierten Statusgruppen
im Senat. Die SPD will daher prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, zumindest
öffentlich vor den Konventen, Versammlungen, Studierendenräten oder den
Studierendenparlamenten zu berichten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 142

Kennnummer 6357

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: vor Z. 2950

Änderung:

5 Füge ein:

„Studentisches Engagement stärken

10 Studium bedeutet für junge Menschen eine neue Form der Freiheit. Viele nutzen diese, um sich ehrenamtlich zu engagieren – politisch oder unpolitisch. Die Diversität der baden-württembergischen Hochschulgruppen ist deshalb Antrieb für Meinungsvielfalt, gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Projekte. Dieses Potenzial zeigt sich nicht zuletzt in der enormen Hilfe, die studentische Hochschulgruppen bei der Versorgung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen
15 leisten.

Dem ehrenamtlichen Engagement sind jedoch Grenzen wie Regelstudienzeit oder Prüfungsphasen gesetzt. Um das Ehrenamt zu stärken, setzt sich die SPD für eine weitergehende, unbürokratischere Anerkennung von Engagement auf zum Beispiel die Regelstudienzeit ein. Das Ehrenamt ist Kernbestandteil des baden-württembergischen Selbstverständnisses, das muss auch an Hochschulen anerkannt werden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 143

Kennnummer 6358

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 3000

Änderung:

5 Ersetze „Selbstverständlich soll unser Anspruch an gute Arbeit auch bei studentisch Beschäftigten Anwendung finden.“ durch „Auch studentische Beschäftigte leiden unter schlechten Beschäftigungsverhältnissen. Sie fallen aus den Vorgaben des TV-L heraus und werden oft nur auf 6 Monate oder 1 Jahr beschäftigt. Gerade für finanziell benachteiligte Studierende wird die Studienfinanzierung so weniger
10 planbar. Die SPD setzt sich deshalb auch für bessere Arbeitsbedingungen von Studierenden ein und prüft Möglichkeiten, Studierende über ihre Rechte als Beschäftigte aufzuklären, einen speziellen Tarifvertrag zu implementieren und eine Befristung auf die gesamte Studiendauer zum Regelfall werden zu lassen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 144

Kennnummer 6359

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- ab Zeile 3000 „Selbstverständlich soll unser Anspruch an gute Arbeit auch bei studentisch Beschäftigten Anwendung finden“ ersetzen durch: „Wir werden uns auch der Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte widmen. Unter anderem gilt es hier Voraussetzungen zu schaffen, dass diese bei befristeten nicht wissenschaftlichen Stellenausschreibungen im öffentlichen Dienst an baden-württembergischen Hochschulen aufgrund des Teilzeit- und Befristungsgesetzes keinen Nachteil aus ihrer studentischen Tätigkeit haben und nicht von vornherein bei der Auswahl ausgeschlossen werden müssen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 145

Kennnummer 6360

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: 3032

Änderung:

- 5 Füge ein:

- „Auch der Frauenanteil in den MINT-Fächern ist immer noch verschwindend gering. Aus diesem Grund setzen wir uns für verbindliche Frauenquoten bei Neueinstellungen ein. Darüber hinaus verfolgen wir bereits bestehende Ansätze für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft und wollen gezielt Anreize für die Aufnahme eines Studiums in den MINT-Fächern setzen. Nachwuchsförderung muss für eine nachhaltige Entwicklung in der Gesellschaft insbesondere Frauen zu Gute kommen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 146

Kennnummer 6361

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche Zeile 3033 bis Zeile 3037

Begründung:

- 5 In der jetzigen Form ist unklar, ob sich dieser Absatz nur auf die Frauenquoten bezieht oder ob damit alle Kennzahlen gemeint sind, mit denen die Hochschulen gesteuert werden sollen. Für Letzteres spricht die Tatsache, dass in diesem Absatz auch eine bessere Ausstattung der Fachhochschulen genannt ist. Jedenfalls ist bei beiden Alternativen die Forderung einer kontinuierlichen Steigerung der
- 10 Kennzahlen problematisch. So kann es zum Beispiel sein, dass Ziele nicht erreicht

- sind. Dann wären Sanktionen wichtig, aber jedenfalls nicht eine weitere noch dazu kontinuierliche Steigerung in den Zielen. Oder es gibt auch Kennzahlen, die ein Optimum haben, bei welchem eine weitere Steigerung kontraproduktiv wäre. Schließlich muss man sich damit auseinandersetzen, dass eine Steigerung von Kennzahlen immer auch eine Diskussion über eine Verbesserung der für die Steigerung der Kennzahl notwendigen Ressourcen mit sich bringt.

Antragsbereich Ä/Antrag 147

Kennnummer 6362

Juso-Hochschulgruppen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile: Z. 3084

Änderung:

- 5 Füge ein:

„Gute Lehre

- 10 Um den Studienort Baden-Württemberg auch weiterhin wettbewerbsfähig zu halten, ist die Verbesserung der Lehrqualität essentiell. Neben der bereits angesprochenen Flexibilisierung des Studiums durch z.B. E-Learning Angebote, setzt sich die SPD deshalb auch für eine stärkere didaktische Qualifizierung des wissenschaftlichen Lehrpersonals ein.
- 15 Ein umfassendes Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot im Bereich der Hochschuldidaktik, sowie das gezielte setzen von Anreizen, dieses auch zu nutzen, steht deshalb im Fokus. Für junge NachwuchswissenschaftlerInnen, DoktorandInnen und den bereits jetzt oft mit der Lehre betrauten Mittelbau bedeutet dies zudem ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil bei dem Verfolgen einer akademischen Karriere.“

Antragsbereich Ä/Antrag 148

Kennnummer 6363

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- 5 Z. 3095 Füge ein in Z. 3095 „Die Forschung ist stark von Drittmitteln abhängig. Wir haben dafür Vorgaben zur Transparenz und die Einsetzung einer Vertrauenskommission, die bei Auskunftsbegehren beratend tätig sein kann, auf den Weg gebracht. Das Votum dieser Vertrauenskommission sollte bindend sein. Für uns ist klar, dass Forschung nicht von privaten Drittmitteln abhängig sein darf.“

Antragsbereich Ä/Antrag 149

Kennnummer 6364

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 3095 Füge ein in Z. 3095 „Um die Möglichkeiten der Studierenden, die Lehre und die Lehrbedingungen mitzugestalten, auszubauen, müssen die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Mittelvergabe durch Studierende deutlich ausgebaut werden. Die Reduzierung der Einflussmöglichkeiten durch die Überführung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung werden wir zurücknehmen und die Qualitätssicherungsmittel ausweiten.“

Antragsbereich Ä/Antrag 150

Kennnummer 6365

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 3126: Füge ein nach "Industrieverbänden.": "Gleichzeitig muss allerdings auch die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung garantiert werden."

Antragsbereich Ä/Antrag 151

Kennnummer 6366

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Neuen Unterpunkt ergänzen, nach Zeile 3215:
„Demokratie und Transparenz in Hochschulgremien

Die Novellierung des Landeshochschulgesetzes hat das Leitbild der unternehmerischen Hochschule abgelöst durch die Prinzipien Wissenschaftsfreiheit, Transparenz und mehr Mitbestimmung. Diese Prinzipien tragen wir selbstverständlich auch in Zukunft mit, fordern aber bezüglich der Mitbestimmung, dass die Zusammensetzung der Hochschulräte aus externen und internen Mitgliedern der Regelfall sein sollte, dass in den Senaten die Statusgruppen der Studierenden und der Promovierenden, sowie der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten eine bessere Berücksichtigung finden, und dass in Personalräten die Wahlzeiten so begrenzt werden, dass auch befristete Hochschulangestellte sich zur Wahl stellen können.

Wir fordern und fördern das studentische Ehrenamt – in der Verfassten Studierendenschaft, aber auch in anderen Hochschulgremien. Um allen Studierenden - unabhängig von ihrer finanziellen Ausstattung - die aktive Teilnahme am studentischen Ehrenamt zu ermöglichen, werden wir dieses stärken durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Engagement und Studium, z.B. durch die Berücksichtigung in Studien- und Prüfungsordnungen, BAföG-Zeiten etc.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 152

Kennnummer 6441

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Z. 3408

„Wir werden die kommunalen ... künftig stärken“ durch

- 5 „Kommunale Migrationsvertretungen und-beiräte sind wichtige Ansprechpartner, die wir gemeinsamen mit den kommunalen Integrationsstrukturen künftig weiter stärken möchten.

Antragsbereich Ä/ Antrag 153

Kennnummer 6442

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 3413:

- 5 “ Da das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft eine der wichtigsten Grundlagen für politische Teilhabe und Integration darstellt, möchten wir die Regierungspräsidien dazu auffordern, für mehr Einbürgerungen zu werben.”

Antragsbereich Ä/ Antrag 154

Kennnummer 6443

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 3438:

- 5 “Das anonymisierte Bewerbungsverfahren soll schrittweise in allen Landesbehörden, -stellen und -einrichtungen eingeführt werden. Ebenso werden wir uns bei landeseigenen Unternehmen für eine zeitnahe Einführung einsetzen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 155

Kennnummer 6367

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Überschrift durch „Menschen muslimischen Glaubens sind Teil unserer Gesellschaft“ in Zeile 3441-3442, S.67

Antragsbereich Ä/ Antrag 156

Kennnummer 6444

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 3472

„In Zukunft möchten wir den Aufbau eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes unterstützen, der die Entwicklung der muslimischen Wohlfahrtspflege vorantreibt.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 157

Kennnummer 6446

Ortsverein Weinstadt

(Kreisverband Rems-Murr)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 3492: Die Worte "die Vorrangprüfung für Drittstaatsangehörige beim Zugang zum Arbeitsmarkt abzuschaffen" streichen.

Begründung:

5

Deutsche Arbeitslose und Drittstaatsangehörige dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, freie Arbeitsplätze müssen weiterhin zunächst Einheimischen angeboten werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 158

Kennnummer 6447

Ortsverein Weinstadt

(Kreisverband Rems-Murr)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 3495: Den Satz " ... kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen " streichen.

Begründung:

5

Diese Forderung ist zu weitgehend. Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger/innen reicht völlig aus.

Antragsbereich Ä/ Antrag 159

Kennnummer 6448

Ortsverein Weinstadt

(Kreisverband Rems-Murr)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Nach Zeile 3498 einfügen: "Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien und dem Irak in den Aufnahmelagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien besser geholfen wird und mehr finanzielle Mittel hierfür bereits gestellt werden.

5

Begründung:

Vor Ort kann mit wesentlich geringerem Mitteleinsatz viel mehr geholfen werden. Wenn dort die Standards verbessert werden, machen sich viel weniger Flüchtlinge auf den Weg nach Europa.

10

Antragsbereich Ä/ Antrag 160

Kennnummer 6368

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 3500 -Überschrift-: Füge ein: „und Einwanderung“

Antragsbereich Ä/ Antrag 161

Kennnummer 6369

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Z. 3512 "Bleibeberechtigte" durch "sie"

Antragsbereich Ä/ Antrag 162

Kennnummer 6449

Ortsverein Weinstadt

(Kreisverband Rems-Murr)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Nach Zeile 3525 einfügen: "Im Jahr 2015 sind über 100.000 Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen, der größte Teil davon in der zweiten Jahreshälfte. Wenn dieser Zustrom anhält, werden im Jahr 2016 200.000 Flüchtlinge ins Land kommen. Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in diesem Ausmaß ist für das Land und vor allem die Kommunen nicht dauerhaft leistbar. Viele Kommunen haben ihre Kapazitätsgrenze insbesondere bei den Unterkünften bereits erreicht. Deshalb unterstützen wir auf Bundesebene Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs. Da die Kontrolle und der Schutz der EU-Außengrenzen derzeit nicht funktioniert und dort nicht alle Flüchtlinge registriert werden, müssen wie in anderen EU-Staaten auch an der deutschen Grenze zu Österreich wieder schärfere

5

10

Grenzkontrollen eingerichtet werden.

Begründung:

- 15 Ohne Begrenzung des Zuzugs ist die Integration nicht leistbar und finanzierbar. Die Bevölkerung erwartet hierzu eine ehrliche und realistische Antwort. Die Hoffnung auf eine EU-weite Verteilung der Flüchtlinge ist unrealistisch und würde auch das Problem nicht lösen. Zur Begrenzung der Zuwanderung ist eine klare öffentliche Aussage erforderlich, dass auch in Deutschland die Aufnahmekapazitäten begrenzt sind und nicht weltweit unbegrenzt alle Flüchtlinge aufgenommen werden können.

Antragsbereich Ä/ Antrag 163

Kennnummer 6450

Ortsverein Weinstadt

(Kreisverband Rems-Murr)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Nach Zeile 3528 einfügen: "Diese Veränderung wollen wir nicht einfach hinnehmen, sondern sie gestalten.

Antragsbereich Ä/ Antrag 164

Kennnummer 6370

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Satz in Zeile 3541 „Ein modernes Asylrecht Einwanderungsrecht stärkt unser grundgesetzlich verankertes Asylrecht.“ durch: „Wir brauchen ein soziales Einwanderungsrecht, das unser gesetzlich verankertes Asylrecht stärkt.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 165

Kennnummer 6451

Ortsverein Weinstadt

(Kreisverband Rems-Murr)

Änderungsantrag zum Antrag R1

- 5 Nach Zeile 3549 einfügen: "Andererseits müssen Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde und die keine Bleibeperspektive haben, unser Land so schnell wie möglich wieder verlassen. Wer das Land nicht freiwillig verlässt, muss konsequent abgeschoben werden. Algerien, Marokko, Tunesien und andere Länder, in denen es keinen Bürgerkrieg und keine systematische politische Verfolgung gibt, müssen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Die Zuwanderung aus solchen Ländern, die fast ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt und unser Sozialsystem stark belastet, muss deutlich begrenzt werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 166

Kennnummer 6371

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 3573: Zuletzt ist es dringend nötig, in den BEAs und LEAs die Privatsphäre der Frauen zu wahren. In Zelten mit mehreren hundert Männern ist es von höchster Priorität den Frauen Räume einzurichten, in denen sie sich umziehen und stillen können. Separate Sanitärräume sind obligatorisch. Übergangsweise
5 können auch Trennwände in den LEAs und BEAs aufgestellt werden, um den Frauen ihre Privatsphäre zu garantieren.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 167

Kennnummer 6372

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 3585:

„Beim Ausbau bzw. Neubau von LEAs ist zu berücksichtigen, dass für Frauen eigene sanitäre Anlagen, Rückzugsräume und weibliche Ansprechpartnerinnen vorhanden sind.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 168

Kennnummer 6373

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche in Z. 3592 "zugleich aber auch die Grenzen des Asylrechts vermitteln.“ und ersetze durch: "Dabei wollen wir den Asylsuchenden auch die rechtlichen Grundlagen des Asylverfahrens vermitteln."

Antragsbereich Ä/ Antrag 169

Kennnummer 6374

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche in Z. 3604: "Viele"

Antragsbereich Ä/ Antrag 170

Kennnummer 6375

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 70, Z. 3609-3611 [Integration und Teilhabe]

Ersetze

5 „Dafür werden wir die psychosozialen Zentren im Land besser ausstatten“

durch

10 „Um eine gute und zeitnahe psychologische Behandlung der Asylsuchenden zu gewährleisten, werden wir die personellen Kapazitäten und die allg. Ausstattung im Bereich der medizinischen Betreuung, u.a. in den psychosozialen Zentren im Land erhöhen. Hierzu müssen auch Anreize geschaffen werden, um Mediziner/innen im Rahmen unseres Primärarztsystems für diese spezielle Arbeit zu (re-)aktivieren. Auch werden wir prüfen, wie die Ärzte/innen unter den Flüchtlingen an der Versorgung von Flüchtlingen teilnehmen können. Um die Verarbeitung psychisch belastender Erfahrungen in Gang zu setzen, werden wir zudem aktiv Gesprächskreise in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen initiieren und betreuen und uns auf Kreisebene dafür einsetzen, dass dies auch in den Notunterkünften geschieht.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 171

Kennnummer 6376

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Einfügen in Z. 3624 "z.B. indem wir anonymisierte Bewerbungen einführen."

Antragsbereich Ä/ Antrag 172

Kennnummer 6453

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 3624

„Pädagogische Fachkräfte möchten wir unterstützen, indem wir Ihnen Fortbildungen zur Stärkung ihrer interkulturellen Kompetenz anbieten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 173

Kennnummer 6377

Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Einfügen Z. 3660 nach „[] bauen wir ab.“: „Vorhandene berufliche und akademische Qualifikationen und Ausbildungen sollen dabei zügig geprüft werden um anschließend gerecht und pragmatisch anerkannt bzw. bei notwendigen Weiterbildungen und Nachqualifikationen angerechnet werden zu können.“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 174

Kennnummer 6378

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 3664 Füge ein: „Diese Aufbausprachkurse müssen für Asylsuchende und Flüchtlinge komplett kostenfrei sein, wenn diese ein Bleiberecht haben.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 175

Kennnummer 6379

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Einfügen Z. 3672 neue Abschnittsüberschrift: „Für ein Einwanderungsgesetz – Transparente Arbeitsmigration ermöglichen“

Antragsbereich Ä/ Antrag 176

Kennnummer 6380

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze in Zeile 3693 „unser Land“ durch „Baden-Württemberg“.

Antragsbereich Ä/ Antrag 177

Kennnummer 6454

AG Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z.3705 nach „in den“: „Regierungspräsidien“ [Landkreisen, Städten und Gemeinden angewiesen, die das Engagement der vielen Helferinnen und Helfer koordinieren.]

Antragsbereich Ä/ Antrag 178

Kennnummer 6381

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 3715 Füge ein: "und mit steigender Zahl der Flüchtlinge weiter aufstocken".

Antragsbereich Ä/ Antrag 179

Kennnummer 6382

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 73, Z. 3776-3777 Streiche:

„Dies gilt insbesondere für unsere Wirtschaft.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 180

Kennnummer 6383

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Zeile 3834, S. 74, und ersetze „Chance“ durch: „Bei Erfüllung der Voraussetzungen, die von der SPD in ihren Parteitagsbeschlüssen festgelegt wurden, begreifen wir TTIP als Möglichkeit auf globale Standards Einfluss zu nehmen [...] stärken.“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 181

Kennnummer 6384

Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag S. 74, 3850

Ergänze „-richterinnen“

Antragsbereich Ä/ Antrag 183

Kennnummer 6385

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Tausche aus Zeile 3856-3857, S. 74, „unserer hohen europäischen Standards“ durch „von hohen Standards sowohl in Europa als auch in den Partnervertragsstaaten“

Antragsbereich Ä/ Antrag 184

Kennnummer 6455

Ortsverein Weinstadt

(Kreisverband Rems-Murr)

Änderungsantrag zum Antrag R1

Nach Zeile 3859 einfügen: "Die Standards in diesen Bereichen müssen auch weiterhin durch nationale Vorschriften verbessert werden können, ohne dass dies zu

Schadenersatzforderung durch ausländische Unternehmen führen kann."

5

Begründung:

Es reicht nicht aus, dass Freihandelsabkommen nicht zur Absenkung von Standards in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher-, Arbeits- und Datenschutz führen dürfen.

10

Die Standards müssen vielmehr auch weiterhin verbessert werden können. Die deutschen Parlamente und die Regierung dürfen sich nicht an eine Obergrenze bei den derzeitigen Standards binden, sondern müssen handlungsfähig bleiben.

Antragsbereich Ä/Antrag 185

Kennnummer 6386

Kreisverband Bodensee

Änderungsantrag zum Antrag R1

Seite 76, Zeile 3960 – 3966 lautet:

Auch in Zukunft werden wir die Entwicklungsstrukturen innerhalb der Polizei weiter

5

verbessern. Wir haben einen ersten Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn geschafft.

1906 Unser Ziel ist es, die zweigeteilte Laufbahn bis zum Jahr 2021 vollständig umzusetzen.

10

Die Formulierung soll geändert und präzisiert werden:

Auch in Zukunft werden wir die Entwicklungsstrukturen innerhalb der Polizei weiter

15

verbessern. Wir haben einen ersten Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn geschafft, (Einfügung:)

der nun kontinuierlich fortgesetzt wird.

20

Um das Ziel mit der nächsten Legislaturperiode abzuschließen, sollen ab 2018 nur noch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für den gehobenen Dienst ausgebildet werden.

Unser Ziel ist es, die zweigeteilte Laufbahn bis zum Jahr 2021 vollständig umzusetzen.

25

Begründung:

Es sollte eindeutig erkennbar sein, dass die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei bedeutet, dass ab 2021 keine Polizeibeamten mehr im mittleren Dienst gibt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss vorauslaufend die 3jährige Ausbildungszeit mit berücksichtigt werden. Also dürfen bereits ab 2018 nur noch Beamte für den gehobenen Dienst ausgebildet werden

Antragsbereich Ä/ Antrag 186

Kennnummer 6387

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 3970 Füge ein "Dabei wollen wir eine unabhängige Anlaufstelle für betroffene Bürgerinnen und Bürger schaffen, bei der Einsicht in sämtliche gewonnenen Daten möglich ist."

Antragsbereich Ä/ Antrag 187

Kennnummer 6388

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche S. 77, Z. 3975-3976: „Beide Maßnahmen wollen gut vorbereitet sein.“ und Z. 3977 „daher“.

Antragsbereich Ä/ Antrag 188

Kennnummer 6389

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein in Z. 3985 nach „optimieren.“:

„Bei den schon bestehenden Arbeitsverhältnissen sind wir bestrebt, die Berufsbezeichnung Polizeifachangestellte einzuführen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 189

Kennnummer 6390

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z. 3992:

„Die gleiche Fürsorge gilt für unsere Tarifbeschäftigten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 190

Kennnummer 6391

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ändere S. 79, Z. 4102-4105:

5 „Wir bekämpfen jede Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit allen Mitteln des Rechtsstaates. Insbesondere die Bekämpfung des Rechtsextremismus nimmt hierbei einen wesentlichen Schwerpunkt ein.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 191

Kennnummer 6392

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 4114 Füge nach „einsetzen.“ ein: „Die daraus gewonnenen Ergebnisse werden wir in ein Landespräventionsprogramm gegen Rechtsextremismus einfließen lassen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 192

Kennnummer 6393

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 4115 Füge ein. "Wir werden eine neue Enquete-Kommission "Rechtsextremismus" initiieren, die Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus ausarbeitet."

Antragsbereich Ä/ Antrag 193

Kennnummer 6394

*Ortsverein Gaildorf/Limpurger Land
(Kreisverb.Schwäbisch Hall)*

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänzungsvorschlag zum Entwurf des Regierungsprogrammes,

Abschnitt 4145ff, beim Passus Öffentlicher Dienst:

5 Wir wollen einen effizienten und starken ÖD, keinen zu schlanken oder gar magersüchtigen Staat. Unsere Polizei, die Justiz, die Lehrerschaft und auch die Finanzverwaltung brauchen die Personalstärke, um den Aufgaben gut gerecht zu werden, aber auch, um die Beschäftigten im ÖD gesundheitlich nicht zu überfordern.

10

Die Landesregierung muss dafür eintreten, dass auch im Sozialwesen des Staates, ob in den Kommunen und Landkreisen oder im Bund, mehr Personal beschäftigt wird, damit Bürgerinnen und Bürger mit ihren vielfältigen sozialen Anliegen gut beraten und Anträge zügig bearbeitet und entschieden werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 194

Kennnummer 6395

AfA Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach: Z. 4244:

„Wir stellen der Justiz für den Aufgabenzuwachs gleichermaßen wie der Polizei die erforderlichen Personalstellen zur Verfügung.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 195

Kennnummer 6396

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetzt Z. 4354-4357 durch:

5 „Wir werden deshalb erneut das Kommunalwahlrecht ändern, um aus der bisherigen „kann“-Vorschrift eine gesetzlich verbindliche Vorgabe zu machen, ohne deren Einhaltung ein Wahlvorschlag nicht angenommen werden kann.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 196

Kennnummer 6397

SGK Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Seite 84, Zeile 4391

5 Den Abschnitt „Den Weg der umfassenden Modernisierung der Landesverwaltung....“ an den Schluss des Kapitels stellen (also nach „... den Bürokratieabbau weiter vorantreiben.“) und wie folgt ergänzen:

Den Weg der umfassenden Modernisierung der Landtagsverwaltung und der Verwaltungsstrukturen im Land werden wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

10

Begründung:

15 Moderne Verwaltungsstrukturen machen sich nicht nur am Ausbau der elektronischen Verwaltung fest. Ebenso gilt es, die tatsächlichen Verwaltungsstrukturen mit Blick auf die demographische Entwicklung und das Siedlungsverhalten der Menschen weiterzuentwickeln.

Antragsbereich Ä/ Antrag 197

Kennnummer 6398

Kreisverb.Schwäbisch Hall

Änderungsantrag zum Antrag R1

Änderungsantrag ab Zeile 4393

Für die Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg

5

Zur Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg schlagen wir für die Legislaturperiode 2016-2021 folgende konkrete Maßnahmen vor, um Verwaltungskompetenz vor Ort zu bündeln, Entscheidungsprozesse weiter zu dezentralisieren und zu kommunalisieren. Dies schließt die Verlagerung von

10 Aufgaben, beispielsweise von den Landkreisen an die „Verpflichtenden Verwaltungsgemeinschaften“ mit ein. Die Landkreisgrößen in Baden-Württemberg weisen zwei Hauptmerkmale auf: Zum einen gibt es einige überdurchschnittlich große und leistungsfähige Landkreise. Drei der sechsgrößten Landkreise (größer als 500.000 Einwohner, Rhein-Neckar, Esslingen, Ludwigsburg) liegen in Baden-

15 Württemberg. Auf der anderen Seite gibt es Landkreise, in denen weniger als 150.000 Einwohner leben.

20

Aus dieser hohen Spreizung erfolgt eine unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Kreise. Insbesondere im ländlichen Raum erscheint eine fallweise Zusammenlegung sinnvoll.

25

- Generelle Aufgabenkritik der einzelnen Verwaltungsebenen.
- Bündelung von Kommunen in so genannten Verpflichtenden Verwaltungsgemeinschaften mit einer sinnvollen Mindestgröße. Diese sollen ein Aufgabenspektrum ähnlich dem der Großen Kreisstädte erhalten.
- Übertragung der Rechts- und Budgetaufsicht über die neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaften von den Landkreisen an die Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums.

Eine Reduzierung der Zahl der Landkreise.

Antragsbereich Ä/ Antrag 198

Kennnummer 6399

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze in Z. 4420 nach "einzudämmen": „Außerdem setzten wir uns weiter für ein landesweites Semester- und Auszubildendenticket ein.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 199

Kennnummer 6400

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge hinzu in Zeile 4478, S. 86, „neuen ergänzenden“

Antragsbereich Ä/ Antrag 200

Kennnummer 6401

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 4485 füge ein nach „...Busse und Bahnen nutzen“: „Wir setzen uns auch dafür ein, dass wir eine weitere Steigerung der Nutzung des ÖPNV durch eine flächendeckende Einführung von „Sozialtickets“/ vergünstigten Tickets für Einkommensschwache erreichen.“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 201

Kennnummer 6402

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 4523 Ergänze in Zeile 4523: „Wir werden die Umsetzung des landesweiten Semestertickets für Azubis und Studierende vorantreiben. Dabei streben wir ein Zwei-Stufen-Modell an, dass sowohl ein lokales, wie auch ein landesweites Ticket ermöglicht.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 202

Kennnummer 6403

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänze nach Z. 4523: „Bei Ausschreibungen wollen wir die sozialen Kriterien mehr in den Fokus rücken. Die Höhe der Löhne für die Angestellten und auch die sozialen Angebote der Unternehmen sollen eine größere Rolle spielen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 203

Kennnummer 6404

Kreisverband Bodensee

Änderungsantrag zum Antrag R1

Seite 88, Zeile 4576 – 4591 lautet:

Wir haben die Förderung des Luftverkehrs marktkonform gestaltet und die

5 Arbeitsbedingungen, Umweltschutz- und Lärmauflagen an den Flughäfen verbessert. Schnelle Schienenverbindungen machen Kurzstreckenflüge überflüssig. Das zeigt zum Beispiel die TGV-Verbindung Stuttgart-Paris. Wir engagieren uns im Interesse der südbadischen Grenzregion für eine deutliche Beschränkung der Flugverkehrsbelastung entlang des Hochrheins durch den Züricher Flughafen.
10 Daher unterstützen wir die Positionen der "Stuttgarter Erklärung".

Die Formulierung soll um folgende Zeilen ergänzt werden:

15 "Die SPD steht zu ihrer Verantwortung für den Flughafen Stuttgart und die Regionalflughäfen Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen. Nicht nur die Wirtschaft, auch Tourismus und Einheimische sind auf die Fluganbindungen angewiesen."

20 **Begründung:**

Das Land ist an den drei genannten Flughäfen beteiligt. Die Verantwortung und Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Flugverkehrs sollte zum Ausdruck
25 kommen. Der Flughafen Friedrichshafen ist nach dem Flughafen Hamburg der zweitälteste Flughafen Deutschlands und wurde von Graf Zeppelin 1915 gegründet.

Antragsbereich Ä/ Antrag 204

Kennnummer 6405

Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden

Änderungsantrag zum Antrag R1

Einfügen auf Seite 88, Zeile 4579:

5 „Die SPD steht zu ihrer Verantwortung für den Flughafen Stuttgart und die Regionalflughäfen Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen. Nicht nur die export-orientierte Wirtschaft, auch Tourismus und Einheimische sind auf die Fluganbindungen angewiesen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 205

Kennnummer 6406

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ergänzung Zeile 4590

Wir unterstützen Planungen zur Anbindung des trinationalen Flughafens Euroairport Basel – Mulhouse-Freiburg an das öffentliche Schienenverkehrsnetz
5 mit einer Verbindung Freiburg- Bad-Krozingen-Müllheim-Airport Basel – Mulhouse-Freiburg.

Begründung:

- 10 Baden Württemberg sollte sich verstärkt für die trinationale Gebietsentwicklung im Bereich Basel Mulhouse Freiburg einsetzen. Dazu gehören ein effizienter Ausbau und die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur. Ein stärkeres Engagement am Euroairport stärkt die Gesamtregion und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antragsbereich Ä/ Antrag 206

Kennnummer 6407

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Z. 4590: „Daher unterstützen wir die Stuttgarter Erklärung“ durch: „Daher unterstützen wir alle Maßnahmen wie beispielsweise die Beschränkung der An- und Überflüge sowie die Sperrzeiten, die in der „Stuttgarter Erklärung“ festgehalten sind.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 207

Kennnummer 6408

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- 5 Nach Z. 4607 einfügen: „Wir werden uns weiterhin beim französischen Nachbarn und über die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das AKW Fessenheim schnellstmöglich dauerhaft abgeschaltet wird, da es den heutigen Sicherheitsanforderungen gegen Erdbeben, Hochwasser und Anschlägen nicht gerecht wird und als alter Atommeiler Verschleißerscheinungen aufweist.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 208

Kennnummer 6409

Kreisverband Tuttlingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 89, Z. 4608 füge ein:
„Wir werden dafür sorgen, dass das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK) von 2014 umgesetzt wird.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 209

Kennnummer 6410

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 4638 füge an: „Den Ausbau von Windkraftanlagen im Staatswald unter Berücksichtigung des Artenschutzes werden wir vorantreiben.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 210

Kennnummer 6411

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 4682 füge ein, nach „[...] Moorschutz.“: „Zusätzlich müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, stärker auf Bau- und Werkstoffe zu setzen, die CO2 binden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 211

Kennnummer 6412

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Z. 4692 füge ein, nach „[...] Holz einsetzen.“: „Daneben werden wir uns für die stärkere Verwendung des CO2-bindenden Rohstoffes Holz einsetzen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 212

Kennnummer 6413

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

5 Z. 4695 bis 4725 Abschnitt ersetzt durch: „Sauberes Wasser, eine vielfältige Natur und gesunder Boden sind Lebensgrundlage unserer und künftiger Generationen. Wir haben den Naturschutz im Land deutlich verbessert und die finanziellen Mittel dafür verdoppelt. Die SPD ist die Nationalparkpartei. Wir unterstützen auch weiterhin die Entwicklung des Nationalparks Schwarzwald. Im Südschwarzwald helfen wir mit, ein zweites Biosphärengebiet zu etablieren und bringen so Natur, Landschaft, Wirtschaft und Lebensqualität weiter zusammen.

10 Das von uns initiierte Naturschutzgesetz ist das beste in Deutschland. Wir setzen die von der SPD im Bund angestoßene „Nationale Strategie für biologische Vielfalt“ im Land um. Deshalb wollen wir auch zukünftig den staatlichen Naturschutz personell und finanziell besser ausstatten, damit die Aufgaben gut umgesetzt werden können.

15 Wir wollen die vorhandenen Schutzgebiete im Land weiterentwickeln, damit diese ihre Funktion für Natur, Landschaft und Tourismus optimal erfüllen können. Zudem werden wir verstärkt Naturschutzzentren für eine gute Umweltbildung nutzen und sie ausbauen. Wir sind stolz darauf, dass sich die Landschaftserhaltungsverbände so gut weiterentwickelt haben. Auch weiterhin wollen wir die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft verbessern.

20 Landschaftspflegehöfe sind dafür ein gut geeignetes Instrument, das wir ausbauen wollen. Das artenreiche Grünland muss erhalten bleiben. Mit einem Aktionsprogramm Biotopverbund wollen wir die ökologische Vielfalt auf den Äckern stärken. Die Moorschutzstrategie werden wir aktiv umsetzen, denn

25 Moorschutz ist zugleich Natur- und Klimaschutz. Wichtig ist uns der Erhalt der Streuobstwiesen, der Weideflächen und der Steilhänge in den Rebanlagen. Hierfür werden wir Förderprogramme weiterentwickeln. Mittelfristig werden wir deutlich

mehr Fließgewässer in einen naturnahen Zustand versetzen.

- 30 Seit 2010 haben wir die Mittel für den Hochwasserschutz verdoppelt und viele Projekte vorangebracht. Insbesondere für die Dammsanierungen und die Fertigstellung der weiteren Projekte des Integrierten Rheinprogramms werden wir auch weiterhin alle notwendigen Mittel bereitstellen und Lösungen bevorzugen, die zu ökologischen Verbesserungen der Gewässer beitragen. Auch werden wir
35 weiterhin die Altlastsanierung vorantreiben und den Grundwasserschutz verstärken.

- Die Ressourcenschonung bei Baurohstoffen ist vorbildlich und soll auf hohem Niveau erhalten bleiben. Zum zuverlässigen, umweltfreundlichen und kostengünstigen Bezug von Baustoffen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist
40 der verbrauchsnahen und dezentralen Rohstoffsicherung und -gewinnung in allen Regionen des Landes hohes Gewicht beizumessen.

- Unsere Wälder sollen nachhaltig und naturnah bewirtschaftet werden, sodass diese zugleich der Holzproduktion, dem Bodenschutz, der Erholung, der Grund- und
45 Trinkwasserbildung sowie dem Erhalt der ökologischen Vielfalt dienen können. Das Gesamtkonzept Waldnaturschutz wollen wir konsequent umsetzen und den Anteil der natürlichen Waldentwicklung soll sich deutlich erhöhen. Die staatliche Forstverwaltung werden wir ihren Aufgaben entsprechend durchgängig, modern und zukunftsicher aufstellen, damit in Zukunft die staatlichen Wälder ein öffentliches Gut bleiben. Am modernsten Jagdrecht in Europa halten wir fest.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 213

Kennnummer 6414

Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze auf Seite 90 in Zeile 4703 bis 4705 durch:

- „Die SPD war und ist die Nationalpark-Partei. Mit dem Nationalpark Schwarzwald haben wir den ersten Nationalpark in Baden-Württemberg überhaupt geschaffen.
5 Wir werden die nötigen personellen und finanziellen Mittel bereitstellen, um dadurch die Attraktivität des Schwarzwalds zu erhöhen und für regionale Wertschöpfung zu sorgen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 214

Kennnummer 6415

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

- Z. 4716 ersetze, nach „[...] sodass diese zugleich“: „der Holzproduktion, der Grund- und Trinkwasserbildung, dem Bodenschutz, der Erholung, der Luftqualität und dem Klimaschutz sowie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen können. Die staatliche Forstverwaltung werden wir ihren Aufgaben entsprechend durchgängig,
5 modern und zukunftsicher aufstellen, damit auch in Zukunft die staatlichen Wälder ein öffentliches Gut bleiben.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 215

Kennnummer 6416

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 91, Z. 4720 füge nach „Moore wirksam schützen.“ Ein:

5 „Die Fachplanungen zum Landesweiten Biotopverbund und zum Generalwildwegeplan wollen wir zusammenführen und im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen verbindlich sichern.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 216

Kennnummer 6417

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

5 Z. 4726 Füge ein nach Z. 4726: "Das unkonventionelle Fracking ist in seiner jetzigen Form nicht ausgereift und kann daher nicht eingesetzt werden. So lange eine potentielle Gefährdung der Umwelt und des Grundwassers nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, wird es mit der SPD auch weiterhin kein unkonventionelles Fracking in Baden-Württemberg geben."

Antragsbereich Ä/ Antrag 217

Kennnummer 6418

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 91, Z. 4728 Überschrift ändern in:

„Naturverträgliche Landwirtschaft stärken“

Antragsbereich Ä/ Antrag 218

Kennnummer 6419

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 91, Z. 4730

5 Ersetze „Unsere Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist unverzichtbar“ durch: „Eine naturverträgliche Landwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die biologische Vielfalt, den Schutz von Wasser, Boden und Klima und für unsere Gesundheit.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 219

Kennnummer 6420

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Nach Z. 4765 anfügen: „Die Haltungsbedingungen für unsere Nutztiere wollen wir schrittweise weiter verbessern. Dabei müssen die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe durch hinreichende Fördermittel und Übergangsfristen berücksichtigt werden, um die heimische Produktion zu sichern.
5 Den teilweise viel zu hohen bürokratischen Aufwand, der an manche Auflagen und Fördermittel für die Landwirtschaft gekoppelt ist, wie beispielsweise bei der Weideprämie, wollen wir zurückdrängen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 220

Kennnummer 6421

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag R1

S. 91, Z. 4765 füge ein:

„Wir wollen den Pestizideinsatz in der Land- und Forstwirtschaft deutlich reduzieren. Dazu werden wir ein Landesprogramm zur Pestizidreduktion zu erarbeiten.
5

Streuobstbestände und artenreiches Grünland wollen wir gesetzlich schützen.

Am Einheitsforstamt, das für alle Waldbesitzarten zuständig ist, wollen wir festhalten.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 221

Kennnummer 6422

Kreisverband Ortenau

Änderungsantrag zum Antrag R1

Ersetze Zeilen 4768-4773 durch:

Die SPD steht für starke Verbraucherrechte, Information und Transparenz. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und den Markt mit ihrem Konsumverhalten mitzugestalten. Gute Verbraucherpolitik schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen oder nachteiligen Auswirkungen von Konsumgütern und Dienstleistungen und sorgt dafür, dass die Lebenschancen zukünftiger Generationen nicht gefährdet werden. Nötig ist daher der Erhalt und Ausbaueiner gestaltenden und sozialen Verbraucherpolitik, die die Verbraucherseite stärkt und den Verbraucherinteressen angemessene Geltung verschafft. Damit Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt entscheiden können, brauchen sie klare und verlässliche Informationen über Inhalt, Herkunft und Produktionsweise von Lebensmitteln.
5
10

Antragsbereich Ä/ Antrag 222

Kennnummer 6423

Kreisverband Ortenau

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 4791 ersetzen durch:

Souverän im Alltag bestehen durch gute Beratung und Verbraucherbildung

Antragsbereich Ä/ Antrag 223

Kennnummer 6424

Kreisverband Ortenau

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 4792 einfügen:

- 5 Im Umgang mit digitalen Medien, bei der ersten Wohnungssuche, im Bezug auf die eigenen Finanzen - alltägliche Lebensführung birgt für junge Menschen viele Herausforderungen, auf die Schule vorbereiten kann. Durch die Aufnahme der Verbraucherbildung als eine der Leitperspektiven des Bildungsplans 2016 werden Heranwachsende befähigt, ihren Alltag als Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt und verantwortungsbewusst zu meistern.

Antragsbereich Ä/ Antrag 224

Kennnummer 6425

Kreisverband Ortenau

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 4793-4796 Satz ersetzen durch:

In unserer komplexen Konsumgesellschaft begleitet uns der Bedarf nach unabhängiger und verlässlicher Beratung ein ganzes Leben

Antragsbereich Ä/ Antrag 225

Kennnummer 6426

Kreisverband Ortenau

Änderungsantrag zum Antrag R1

Zeile 4812 neuen Abschnitt einfügen:

Unterstützung für bewusste, gesunde Ernährung

- 5 „Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen“, lautet ein altes Sprichwort. Wir unterstützen den Wunsch nach bewusster Ernährung im Alltag und geben Antworten auf der Höhe unserer Zeit. Ob in der Kita, der Ganztagschule, der Firmenkantine oder im Seniorenheim: Unsere Ernährungsgewohnheiten verändern sich. Wir essen immer öfter außer Haus, legen Wert auf individuelle Bedürfnisse
- 10 und Ansprüche. Immer mehr Menschen achten auf die Herkunft der Lebensmittel,

auf Inhaltsstoffe, Tierschutz und fairen Handel. Deshalb setzen wir uns im Bund und in der EU für verbindliche Kriterien für vegane und vegetarische Produkte ein - damit Verbraucherinnen und Verbraucher solche Lebensmittel anhand klarer, verlässlicher Kennzeichnungen kaufen können.

15

Eine bewusste, gesunde Ernährung muss für alle Menschen möglich sein - unabhängig von Ausbildung, Herkunft oder Geldbeutel. Wir verstehen das als ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und setzen bereits in KiTas und Schulen mit einer ausgewogenen Verpflegung an. Erfolgreiche Programme wie Schulfrucht BW und BeKi (Bewusste Kinderernährung) wollen wir stärken, um Kinder und ihre Familien frühzeitig an einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln heranzuführen. Um Verbesserungen in der Fläche zu bewirken, schlagen wir vor, gemeinsam mit Kommunen, Bildungseinrichtungen, Lehrkräften, Eltern und Unternehmen ein Leitbild für die Verpflegung in KiTas und Schulen zu erarbeiten.

20

Antragsbereich Ä/Antrag 226

Kennnummer 6427

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Streiche in Zeile 4917 bis Zeile 4919 den folgenden Satz: "Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Effekte der kalten Progression zu kompensieren."

5

Begründung:

10

. Es handelt sich um ein bundespolitisches Thema, zu dem sich die Bundes-SPD und die SPD-Bundestagsfraktion positioniert haben und zwar dadurch, dass für das Jahr 2016 Maßnahmen zur Reduktion der kalten Progression vorgesehen sind. Wenn die Landes-SPD hier Nachbesserungsbedarf signalisiert, so ist dies eine indirekte Kritik an unserer Arbeit in der Bundes-SPD und das falsche Signal im Wahlkampf.

15

2. Die Abschaffung der kalten Progression ist eine Forderung quer durch sehr viele Parteien, insbesondere wird eher die FDP und die CSU damit identifiziert, so dass es keinesfalls ein Punkt ist, mit dem man das spezifische Profil der SPD schärfen kann.

20

3. Es stellt sich die Frage, ob die Milliarden, die eine weitere Absenkung der kalten Progression kostet, wenn sie nicht mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes verbunden wird, nicht an anderer Stelle und durchaus für die gleiche Zielgruppe besser angelegt wären: So sorgen sich zum Beispiel die Mannheimer Facharbeiter bei Alstom im Moment weniger um ihre Steuerzahlungen als um ihren sozialen Status, wenn sie nach dem eventuellen Verlust ihres Arbeitsplatzes bereits nach einem Jahr aus der Arbeitslosenversicherung in das ALG II fallen mit allen Folgen für den sozialen Status und das aus eigener Arbeit angesparte Vermögen. Es stünde der SPD besser an, hier für eine Verbesserung der Versicherungssituation der Arbeitnehmer, abhängig von Höhe und Dauer der Einzahlung, einzutreten und dass gegebenenfalls dafür Rücklagen gebildet werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 227

Kennnummer 6428

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag R1

Füge ein nach Z.4929:

„Geschlechtergerechte Haushaltsführung

- 5 Mit der Einführung der geschlechtersensiblen Haushaltsführung, dem „Gender Budgeting“, wollen wir Baden-Württemberg zur Vorreiterin bei der Durchsetzung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf Gleichstellung machen.“